

# Baukultur und Bürgerschaft



Workshop  
Stadtbauraum Gelsenkirchen  
19. Juni 2013





# Inhalt

Begrüßung: Hartwig Schultheiß	05
Einführung: Tim Rieniets	07
<b>Wut, Wunsch und Wirklichkeit – Möglichkeiten und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements</b>	
Dr. Holger Pump-Uhlmann	10
Dr. Marta Doehler-Behzadi	16
Hans-Jürgen Best	18
Gerhard Matzig	21
Diskussion	24
<b>Mehr als Beteiligung – Projektbeispiele aus der Praxis</b>	
Projektsteckbrief: Tempelhofer Freiheit, Berlin	40
Projektsteckbrief: Nexthamburg, Hamburg	44
Projektsteckbrief: Gängeviertel, Hamburg	46
Projektsteckbrief: Bauherrenmodell, Tübingen	48
Projektsteckbrief: Klushuizen, Rotterdam	50
Projektsteckbrief: Wiesenviertel, Witten	52
Projektsteckbrief: Wir lassen die Kirche im Dorf, Dortmund	54
Diskussion	56
<b>Und jetzt? – Ideen und Anregungen für die StadtBauKultur NRW</b>	64
Anhang	68
Impressum	70

---



## Begrüßung

HARTWIG SCHULTHEISS, VORSTAND  
STADTBAUKULTUR NRW E. V. / STADTDIREKTOR  
MÜNSTER

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen,  
ich darf Sie ganz herzlich zum Workshop „Baukultur und Bürgerschaft“ der Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 hier im Stadtbauraum

Gelsenkirchen begrüßen. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich gekommen sind, um sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Mein Name ist Hartwig Schultheiß, ich bin Stadtdirektor der Stadt Münster und Vorstand des Vereins StadtBauKultur NRW. Wie ich der Gästeliste entnehmen konnte, sind viele von Ihnen noch gar nicht mit der Landesinitiative in Berührung gekommen. Darum möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen diese Institution kurz vorzustellen. StadtBauKultur NRW ist eine Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen, die sich im partnerschaftlichen Verbund mit anderen relevanten Institutionen für die Baukultur im Lande einsetzt. Die Landesinitiative war bereits in den Jahren 2001 bis 2010 aktiv und konnte in dieser Zeit zahlreiche Projekte und Kampagnen initiieren und unterstützen. Heute stehen wir am Beginn einer zweiten Dekade der Landesinitiative.

Nach einem Jahr Unterbrechung hat sich im März 2012 der Verein „StadtBauKultur NRW“ aus dem damaligen Verein „Europäisches Haus der Stadtkultur“ mit dem Ziel konstituiert, die Lan-

---

desinitiative in ihre zweite Dekade zu führen. Bis dahin mussten aber noch einige Weichen gestellt werden: Wir mussten neue Wege der finanziellen Förderung finden und rechtliche sowie personelle Rahmenbedingungen schaffen. Und das alles vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der bevorstehenden Landtagswahlen 2012. In dieser Zeit durften wir bereits die gute Erfahrung machen, dass wir eine große Unterstützung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) – dessen Vertreter Herrn Burmeister und Frau Scholz und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ich an dieser Stelle noch einmal besonders begrüßen darf – sowie des Ministers Herrn Michael Groschek genießen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir, das sind auf der Vorstandsebene Frau Kathrin Möller von der GAG Köln sowie mein Kollege Michael von der Mühlen, Stadtdirektor von Gelsenkirchen. Begleitet werden wir durch den Beirat des Vereins, Frau Carola Scholz vom Ministerium.

Nachdem wir die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt hatten, konnten wir im vergangenen Jahr die Stelle der neuen Geschäftsführung ausschreiben. Es gab hierfür ein großes Interesse und wir sind froh, dass wir unter den zahlreichen Bewerbern Herrn Tim Rieniets für diese Stelle gewinnen konnten. Wir konnten bereits vor einigen Monaten eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit aufnehmen und freuen uns auf die vielen gemeinsamen Aufgaben, die nun vor uns liegen.

Unser Ziel ist es, dass „StadtBauKultur NRW 2020“ wieder ein Erfolgsmodell werden wird. Die Leitlinien unseres Handelns sind bereits gesteckt, nachzulesen im „Memorandum StadtBauKultur NRW 2020“. In diesem Dokument wurden bereits Inhalte abgesteckt und Zielgruppen benannt. Auch das Thema des heutigen Workshops ist bereits Inhalt des Memorandums. Darum ein Dankeschön an alle, die damals aktiv am Zustandekommen dieses Dokumentes mitgewirkt haben.

Die Landesinitiative wird, wie schon in der Vergangenheit, Projekte fördern, die sich für mehr Aufmerksamkeit, mehr Engagement und mehr Qualität in der Baukultur Nordrhein-Westfalens einsetzen. Und sie wird auch eigene Projekte selber entwickeln, um besonders wichtige Themen in der Fachwelt und der Laienöffentlichkeit zu

lancieren. Das wird uns aber nur in Zusammenarbeit mit kompetenten und engagierten Partnern gelingen. Darum möchte ich an Sie alle, die heute gekommen sind, appellieren, aktiv an der zweiten Dekade der StadtBauKultur NRW teilzunehmen.

In diesem Sinne ist das Thema des heutigen Workshops „Baukultur und Bürgerschaft“ nicht nur von inhaltlichem Interesse, sondern auch von symbolischer Bedeutung. Denn es unterstreicht zum einen unseren Anspruch, Bürgerinnen und Bürger für baukulturelle Themen zu gewinnen. Zum anderen wollen wir damit auch Sie – unsere Gäste – dazu einladen, mit der Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 den Austausch und die Zusammenarbeit zu suchen, um sich gemeinsam für die Baukultur in unserem Land zu engagieren.



## Einführung

TIM RIENIETS, GESCHÄFTSFÜHRER  
STADTBAUKULTUR NRW E. V., GELSENKIRCHEN

Lieber Hartwig Schultheiß, vielen Dank für Deine Begrüßung!

Meine Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen, für mich ist der heutige Workshop ein ganz besonderes Ereignis, denn er ist die erste Gelegenheit, bei der ich mich Ihnen und der Öffentlichkeit als neuer Geschäftsführer des Vereins StadtBauKultur NRW vorstellen kann. Ich empfinde

es als großes Glück, aber auch als eine große Verantwortung, diese Aufgabe zu übernehmen, und freue mich sehr, mich in den kommenden Jahren voll und ganz der Baukultur in Nordrhein-Westfalen widmen zu können.

Ich möchte an die Worte meines Vorredners anknüpfen und will ebenfalls unterstreichen, dass ich sehr froh darüber bin, die erste öffentliche Veranstaltung der „neuen“ Landesinitiative unter der Überschrift „Baukultur und Bürgerschaft“ durchführen zu können. Die Entscheidung, einen Workshop zu diesem Thema zu veranstalten, stammt nicht von mir, sondern wurde schon vor meiner Zeit getroffen. Aber ich kann diese Entscheidung in voller Überzeugung mittragen. Nicht nur, weil ich dieses Thema für besonders aktuell und bedeutsam halte, sondern auch, weil es eine symbolische Bedeutung für die zukünftige Arbeit der Landesinitiative hat. Denn Baukultur, wie ich sie verstehe, ist nicht das Ergebnis genialischer Leistungen Einzelner, sondern der Leistung Aller. Herausragende Einzelleistungen sind selbstverständlich ein Bestandteil unserer

Baukultur – ein wichtiger Bestandteil, wohlgermerkt! Aber Baukultur im Ganzen ist immer eine gemeinschaftliche und gesamtgesellschaftliche Leistung. Denn es sind nicht nur die Architekten, Ingenieure und Planer, die für die Gestaltung unserer Umwelt verantwortlich sind, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger. Sie haben einen wesentlichen Anteil an der Entstehung und der Rezeption unserer gebauten Umwelt, z. B. in der Gestalt von Bauherren, Mietern, Verfahrensbeteiligten oder auch als Protestler.

Diese Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern soll nicht dem Zufall oder dem Engagement Einzelner überlassen bleiben und ist darum aus gutem Grund im Städtebauförderungsgesetz verankert. Es betont den Anspruch betroffener Bürgerinnen und Bürger, an Planungsverfahren in angemessener Weise beteiligt zu werden. Aber es ist nicht immer leicht, diesem Anspruch im Planungsalltag gerecht zu werden. Langwierige Verfahren, Intransparenzen und Einzelinteressen, aber auch Unkenntnis und Vorurteile erschweren häufig die praktische Umsetzung. Hier gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf, zu dem auch die Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 einen Beitrag leisten kann.

Darüber hinaus ist das Thema „Baukultur und Bürgerschaft“ von großer tagesaktueller Bedeutung. Denn bürgerschaftliches Engagement in Architektur und Städtebau hat nie so eine hohe mediale Aufmerksamkeit genossen wie in den letzten Jahren. Die Proteste um den Bau des Tiefbahnhofs Stuttgart 21 haben eine Aufmerksamkeit erzeugt, wie es wohl kaum ein anderes Projekt in der Geschichte der Bundesrepublik je vermocht hat. Aber auch andere Projekte haben in jüngster Vergangenheit weit über ihren Einzugsbereich hinaus Aufmerksamkeit erregt: Das Berliner Stadtschloss, das Gängeviertel in Hamburg (s. Seite 46), die Beethovenhalle in Bonn oder das Tempelhofer Feld in Berlin (s. Seite 40), um nur die bekanntesten zu nennen. Betrachtet man die populäre Medienberichterstattung zu diesen und anderen Projekten, dann könnte man den Eindruck gewinnen, dass sich hier wie aus heiterem Himmel eine völlig neue Planungskultur entwickelt hätte.

Neu ist in der Tat die große Zahl der Menschen, die sich nicht zuletzt dank moderner Kommunikationsmittel für Proteste und Initiativen mobilisieren und organisieren lassen und sich zum Teil geschickt medial in Szene setzen. Neu ist sicherlich auch die Gattung des „Homo Furor“, des sogenannten „Wutbürgers“, dessen enormes Engagement in den meisten Fällen wohl weniger einem konkreten baukulturellen Interesse geschuldet ist, sondern vor allem dem Wunsch des Aufbegehrens gegen die als arrogant empfundene Klasse der Politiker und Planer. Ansonsten aber ist bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung alles andere als neu. Es hat sogar eine beachtliche und auch eine sehr facettenreiche Geschichte, die aber unter der aktuellen Medienpräsenz von Stuttgart 21, Occupy, Blockupy, Gezi Park usw. in den Hintergrund zu geraten droht.

Schlimmer noch: Die Berichterstattung über diese Ereignisse und Bewegungen tendiert dazu, die Komplexität bürgerschaftlichen Engagements holzschnittartig zu vereinfachen und zu verhärten. Es geht um Fragen der Machtverteilung und der Gerechtigkeit, um „dafür“ oder „dagegen“ und um „wir“ oder „die Anderen“.

Die Fragen nach Verfahrensgerechtigkeit in der Planung sind zweifellos wichtig und richtig. Dennoch, glaube ich, gibt es daneben noch eine Menge anderer Fragen, die wir mit Blick auf die Baukultur nicht vergessen sollten: Man könnte zum Beispiel fragen, ob Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein Recht auf Beteiligung haben, sondern inwieweit sie auch zur Eigeninitiative in der Lage sind. Man könnte weiter fragen, ob das Eigenengagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht sogar Probleme lösen und Qualitäten erzeugen könnte, wo die etablierte Fachplanung an ihre Grenzen stößt. Und schließlich muss man fragen, welche baukulturellen Qualitäten durch laienhaftes Engagement überhaupt erreicht werden können. Sind bürgerschaftlich getragene Planungen nachhaltiger, akzeptanzfähiger oder schöner als das, was der etablierte Planungsapparat hervorbringen kann oder nicht?

Zu fragen wäre aber auch, wie sich die kommunikative Kluft überbrücken lässt, unter der



die Verständigung zwischen Bürgern, Fachleuten und Politikern leidet. Wie lassen sich zu hohe Erwartungen und die anschließende Ernüchterung vermeiden, die ja auch Teil bürgerschaftlichen Engagements ist?

Und schließlich die Frage, die mir persönlich heute das größte Anliegen ist: Wie kann sich eine Institution wie die Landesinitiative in diesem Themenfeld sinnvoll einbringen? Ich bin sehr froh, dass wir viele erfahrene Referentinnen und Referenten aus Praxis, Verwaltung, Politik und Journalismus gewinnen konnten, mit denen wir diese Fragen diskutieren können, und möchte Sie an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen!

Nun noch ein paar Worte zum Ablauf des Workshops: Der Vormittag steht unter der Überschrift „Wut, Wunsch und Wirklichkeit“. Dazu werden wir vier Statements und eine anschließende Diskussion hören, um die Möglichkeiten und die Grenzen bürgerschaftlichen Engagements in der Baukultur auszuloten (s. Seite 10).

Am Nachmittag werden unter der Überschrift „Mehr als Beteiligung“ sieben Projekte präsentiert, in denen sich Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Bauprojekten engagieren. Diese sieben Projekte stellen keineswegs eine repräsentative Auswahl bürgerschaftlichen Engagements in der Baukultur dar. Sie geben aber einen Einblick in die große Vielfalt an Verfahren und Methoden, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung und Gestaltung ihrer Lebensumwelt einbringen können (s. Seite 40).

In Anbetracht der begrenzten Zeit können diese Projekte nur sehr kurz vorgestellt werden. Dafür haben Sie im Anschluss die Gelegenheit, mit dem einen oder anderen Projektautorens persönlich ins Gespräch zu kommen.

Anschließend werden wir noch eine gemeinsame Diskussion haben, in der ich von den Projektautorens erfahren möchte, wie sie sich eine Unterstützung durch eine Institution wie die Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 vorstellen könnten (s. Seite 56).

Zum Abschluss des Workshops werden Joachim Boll und Henry Beierlorzer ein Resümee ziehen: Was waren die wesentlichen Argumente, Ideen und Erkenntnisse des Tages? Und welche

konkreten Anregungen kann die Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 daraus ziehen (s. Seite 64)?

Zum Schluss noch ein letztes Wort zu den Erwartungen an diese Veranstaltung: Sie erwartet heute ein sehr dichtes Programm und eine große Zahl von Gästen. Es wird sicherlich mehr Redebedarf geben als Redezeit und wir werden mehr Fragen aufwerfen als wir beantworten können. Verstehen Sie das bitte nicht als Fehlplanung unsererseits, sondern lediglich als den Anfang eines langfristigen Arbeitsprozesses, zu dem wir Sie alle sehr herzlich einladen möchten.

---

# Wut, Wunsch und Wirklichkeit

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN  
BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

---

## Dr. Holger Pump-Uhlmann

ARCHITEKT UND ARCHITEKTURHISTORIKER,  
BRAUNSCHWEIG

---

Mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten für mehr  
Engagement!

Ein Plädoyer vorweg: Nur mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten erzeugen auch mehr Engagement der Bürgerschaft. Dieses Plädoyer für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerschaft an Planungsprozessen stützt sich vor allem auf Erfahrungen, die ich in den letzten acht, neun Jahren mit circa 25 Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit den Planungen von innerstädtischen Einkaufszentren gewinnen konnte.

Am Anfang steht als Statement ein Zitat des Schriftstellers und Stadtplaners Max Frisch:

„Die Stadt nämlich (...) ist nicht Angelegenheit der Städtebauer, sondern der Städte-

bewohner. Es ist nicht nur statthaft, sondern Zeitgenossenpflicht, dass sie sich zu Wort melden. Die Fehlleistung, die sich Städtebau nennt, beruht nicht auf einem Versagen der Techniker als Techniker, sondern auf einem Versagen der Laien; sie überlassen sich den Technikern. Nun ist es aber so: Die Aufgabe stellt der Laie, der Fachmann hat sie zu lösen. Oder so müsste es sein. Wir brauchen den Fachmann: aber als Fachmann auf seinem Gebiet, als Architekt, als Konstrukteur, nicht als Ideologe, nicht als Entwerfer der Gesellschaft. Kommt es dazu, weil die Gesellschaft sich nicht selbst entwirft und den Fachmann nicht einsetzt als Diener der Gesellschaft, übernimmt er eine Verantwortung, die ihm nicht zukommt; er übernimmt sich.“

**„Die Stadt ist nicht Angelegenheit der Städtebauer, sondern der Städtebewohner“**

Andersherum könnte man formulieren: Wenn die Bürgerschaft eine Beteiligung an der Planung ihrer Stadt einfordert, übt sie nichts anderes aus als ihr Grundrecht und damit ihre Bürgerpflicht. Bürgerbeteiligung ist somit eine Kernfrage der Stadtentwicklung, die ein sehr komplexes Geflecht politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kulturel-



ler Erscheinungen behandelt. In unserer Stadtgestalt tritt zutage, wie das Verhältnis der einzelnen Bauherren und Bewohner zueinander beschaffen ist und welcher Art von Abstimmung es zwischen den Bedürfnissen des Einzelnen und den Belangen der Gemeinschaft gibt. Zur Koordination bedarf es übergeordneter Regeln. Diese Ordnungsregeln zur räumlichen Verteilung von Nutzung nennen wir Stadtplanung. Deren Verwirklichung ist der Städtebau, mit dem wir Grundsatzentscheidungen über die Gestalt unserer Städte treffen. Die entscheidende Frage hierzu lautet: Wollen wir weitreichende und folgenreiche städtebauliche Grundsatzentscheidungen ausschließlich Experten, Fachbeamten oder gar Investoren überlassen? Oder wollen wir diejenigen, deren Lebensräume davon betroffen sind, an dieser Entscheidungsfindung beteiligen und wenn ja, in welchem Umfang?

Mit der Einführung des Städtebauförderungsgesetzes wurde 1971 erstmals eine rechtliche Grundlage für mehr Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen geschaffen. Gleich im ersten Paragraphen dieses Gesetzes wurde die Beteiligung der durch Sanierung Betroffenen geregelt: Mieter und pachtende Personen wurden ausdrücklich gleichwertig neben Eigentümern genannt. Die Betroffenen sollten schon bei der Vorbereitung der Maßnahme mitwirken können. Eine besondere Stellung nahm dabei der Sozialplan ein. Dieser be-

rücksichtigte, dass jede städtebauliche Planung ein Eingriff in die Lebensumstände ist, insbesondere in die Eigentums- und Wohnverhältnisse sowie in wirtschaftliche Zusammenhänge. Nach den Vorstellungen des Gesetzgebers sollen durch die Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung – als planvorbereitendes und planbegleitendes Instrumentarium – den Bürgerinnen und Bürgern die Ziele und Zwecke einer Planung dargestellt und sie über Alternativen sowie voraussichtliche Auswirkungen aufgeklärt werden. Dadurch sollten sie tatsächlich Einfluss auf die Planungen nehmen können und nicht nur fertige Pläne kommentieren.

**„Wollen wir städtebauliche Grundsatzentscheidungen ausschließlich Experten, Fachbeamten oder Investoren überlassen? Oder wollen wir diejenigen, deren Lebensräume davon betroffen sind, an der Entscheidungsfindung beteiligen?“**

Inzwischen hat sich hierbei einiges verändert: Seit den 1990er-Jahren wurde erfolgreich das Vorurteil kultiviert, dass die Partizipation für eine lange Dauer von Verwaltungsverfahren verantwortlich sei und damit zur Gefährdung des Standorts Deutschland beitrage und den wirtschaftlichen Aufbau des Beitrittsgebiets der neuen Bundesländer behindere. Die rechtlichen Mindestanforderungen an die Partizipation wurden in der Folge durch diverse Gesetze erheblich reduziert. Zu nennen wären das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, das Investitions erleichterungsgesetz, das Wohnbaulandgesetz, das Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch und das Planvereinfachungsgesetz. Zwar findet in der Bauleitplanung weiterhin eine zweistufige Beteiligung der Öffentlichkeit statt, jedoch ist diese in der Praxis vielfach zu einer reinen Formalie verkommen. Genügt die Auslegung der Pläne nach ortsüblicher Vorankündigung, um den Bürgern Gelegenheit zu geben, Anregungen und Bedenken vorzutragen? Bürger dürfen höchstens einsehen, sie sind jedoch meist nicht am Prozess

beteiligt, sondern nur am Ergebnis. Über das Pro und Kontra wird nicht ergebnisoffen diskutiert. Im günstigsten Fall steht nur noch das Wie einer Planung zur Diskussion. Eine Diskussion verschiedener Alternativen, wie es das Baugesetzbuch eigentlich in § 3 Absatz 1 vorschreibt – vielleicht sogar unter Einschluss einer Nullvariante – findet nicht statt.

Seitdem ich mich mit großflächigen Planungen von Einkaufszentren auseinandersetze, beobachte ich ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen den Interessen Einzelner und dem Gemeinwohl. Die Legitimation jeder öffentlichen Planung sollte das öffentliche Interesse sein. Die planerische Einflussnahme staatlicher Institutionen auf den Raum hat sich am Gemeinwohl zu orientieren. Private Interessen der am städtischen Raum partizipierenden Akteure sind gegeneinander abzuwägen. Dass es in der Realität nicht selten anders verläuft, ist allen vertraut, die sich mit Stadtplanung beschäftigen. Analysen der Planungsprozesse großer innerstädtischer Einkaufszentren zeigen beispielhaft, dass das Verständnis vom öffentlichen Interesse zwischen Verwaltung und Bürgerschaft nicht immer deckungsgleich ist. Geschickte Lobbyarbeit vor der öffentlichen Bekanntmachung der Investitionsabsicht gehört nicht nur beim Bau von Einkaufszentren zu erfolgreicher Entwicklerarbeit. Politische Mehrheiten werden durch direkte Ansprachen der Meinungsführer schon sehr frühzeitig gesichert. Die lokale Presse wird durch Annoncenversprechen für eine positive öffentliche Meinung gewonnen. Öffentlichkeitswirksame Stiftungen tun ein Übriges, zumal wenn sich dort Politiker und hochrangige Vertreter öffentlicher Verwaltungen bereitwillig einspannen lassen und nicht die notwendige Distanz wahren.

Ein Beispiel aus Braunschweig, die Bebauung des Braunschweiger Schlossparks mit der Attrappe des Welfenschlosses als ECE-Einkaufszentrum „Schloss-Arkaden“: Der „Braunschweiger Gezi-Park“ ist eigentlich die Blaupause für die Planung, die aktuell in Istanbul zu besichtigen ist, das Abholzen eines innerstädtischen Parks und der Wiederaufbau eines historischen Gebäudes für eine innerstädtische Shoppingmall. In Istanbul ist es ein Kasernengebäude aus dem 18.

Jahrhundert, hier war es die Fassade eines Residenzschlosses aus dem frühen 19. Jahrhundert. Auch in Braunschweig gab es zahlreiche Proteste, Demonstrationen und Menschenketten. Alles das hat nicht gefruchtet, obwohl es eine große Mehrheit in der Bevölkerung gab, die sich vehement gegen dieses Projekt aussprach.

Aus den Erfahrungen mit diesen Projekten weiß man um Probleme und Gefahren für das Gemeinwohl: Gesamtstrategische kommunale Planungsziele leiden häufig darunter, dass die beplanten, in privatwirtschaftlichem Eigentum befindlichen Lagen durch Konzentration von Planung und Geld profitieren, während andere städtische Lagen zurückbleiben. Das private Interesse eines renditeorientierten Investors steht häufig dem allgemeinen öffentlichen Interesse diametral entgegen. Das Handeln des privaten Wirtschaftsakteurs orientiert sich an maximaler Rendite und wird dementsprechend verfolgt. Die öffentliche Hand ist gebunden an den öffentlichen Diskurs, über den sich überhaupt erst öffentliches Interesse behaupten und legitimieren lässt. Hierin liegt in der Tat ein Dilemma. Einerseits ist die öffentliche Hand den Interessen der Allgemeinheit verpflichtet, andererseits sucht sie Kompromisse mit dem privatwirtschaftlichen Akteur, von dem sie sich einen wirtschaftlichen Impuls verspricht.

In diesem Dilemma liegt die eigentliche Ursache für eine mangelnde Bereitschaft der Kommunen, die Bürgerschaft stärker in den Planungsprozess einzubinden. Hinter diesem Denken verbirgt sich eine Ideologie. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde die Kommunalpolitik immer mehr von der Vorstellung beherrscht, bei einer Stadt handele es sich um ein echtes Unternehmen, einen „Konzern Stadt“ sozusagen. Ökonomische Effizienz und Effektivität seien das oberste Gebot stadtpolitischen Handelns. Die Reduzierung der Kontrollfunktionen durch eine Konzentration auf Kernaufgaben und die Ausgliederung traditioneller kommunaler Aufgaben durch Privatisierung sei alternativlos. Eine solche Stadtpolitik führt jedoch dazu, dass die politisch verantwortlichen Akteure die Orientierung am Gemeinwohl aufgeben, und dies spüren die Bürgerinnen und Bürger. Weil sie den Verantwortlichen misstrauen, versuchen

„Die demokratische Stadt ist auf Dauer nur überlebensfähig, wenn alle Bürger das Gefühl haben, dass ihre Interessen durch Verwaltung und Stadtverordnete berücksichtigt werden.“

„Es reicht nicht mehr aus, wenn die Entscheidungen von Experten hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Die Bürger klopfen inzwischen an diese Türen und machen sie auf.“

sie wieder stärker, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Dies ist weniger Ausdruck von Politikverdrossenheit als vielmehr Ausdruck des Willens, aktiv am Geschehen in einer Kommune teilhaben zu wollen. Nur so lassen sich die immer stärkeren Proteste der „Wutbürger“ in unserem Land erklären. Der Filmregisseur Wim Wenders spricht in seinem Buch „The Art of Seeing“ all jenen aus dem Herzen, denen ich in den letzten Jahren auf vielen Diskussionsveranstaltungen von Bürgerinitiativen begegnet bin: „Wir müssen für all das Kleine kämpfen, das es noch gibt, das Kleine verleiht dem Großen einen Blickwinkel.“ Wenn man analysiert, wofür sich Bürgerinnen und Bürger in einer Stadt stark machen, sind es meistens diese kleinen Feinheiten in den öffentlichen Räumen. Die meisten Bürgerinitiativen versuchen genau dies, nämlich Freiräume zu erhalten, die Leere zu bewahren, damit das Volle nicht unsere Sicht versperrt und das Leere zum Ausruhen erhalten bleibt.

Deshalb zu meinem Plädoyer für mehr direkt-demokratische Methoden der Bürgerbeteiligung: Die demokratische Stadt ist auf Dauer nur überlebensfähig, wenn alle Bürger das Gefühl haben, dass ihre Interessen durch Verwaltung und Stadtverordnete berücksichtigt werden.

Zur Umsetzung von Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungs- und Planungsprozessen wurde in den vergangenen Jahrzehnten eine große Bandbreite von Methoden entwickelt und fortlaufend treten neue hinzu. Als direkt-demokratische Elemente sind der Einwohnerantrag, das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid zu nennen. Allerdings sind diese für mich eher Scheinformen direkter Partizipation, da sie formal so konstruiert sind, dass eine Nutzung nur bedingt möglich ist. Die Instrumente erwecken den Eindruck, als wären sie neben den bestehenden politisch-administrativen Entscheidungswegen zur Erweiterung der politischen Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger gedacht. Der Einwohnerantrag ist aber nur eine Kollektivpetition, kann also nicht von einem Einzelnen gestellt werden. Bei einem Bürgerbegehren und dem Bürgerbescheid besteht zwar die Möglichkeit, dass der Souverän über wichtige öffentliche Angelegenheiten selbst entscheiden kann,

allerdings scheitern diese Formen meist an den hohen gesetzlichen Zulassungs- und Abstimmungshürden. Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger findet am ehesten seinen eigenen Ausdruck in den von unten gewachsenen Stadtteilkonferenzen oder in der Form von runden Tischen. Die Bürger schließen sich zur Erweiterung ihrer politischen Teilhabe zusammen. Verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure greifen mit dem Ziel der Einflussnahme, Mitgestaltung und Mitwirkung in die Stadtteilpolitik ein. Die Stadtteilkonferenzen entstammen einer basisdemokratischen Tradition und werden zunehmend als demokratische Foren anerkannt und an der kommunalen Willensbildung beteiligt. Es ist überfällig, solche aktivierenden Elemente im politischen Handeln auf kommunaler Ebene dauerhaft und überall zu verankern. Gerade die Stadtteilkonferenzen bieten die Möglichkeit, als Vermittlungselement von Bürgern und den Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgergesellschaft genutzt zu werden. In dieser Vernetzung liegt die Grundvoraussetzung der Bildung einer kooperativen Demokratieform: für das Beziehungsgeflecht der stadtprägenden Akteure.

---

# Dr. Marta Doehler-Behzadi

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND  
STADTENTWICKLUNG, BERLIN

---

Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sind überhaupt nicht neu und in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung seit langem verankert. Sie werden meist offensiv, intelligent, nicht besonders bürokratisch und ziemlich erfolgreich eingesetzt. Diese gelungene Partizipation und diese kontinuierliche und stetige Kommunikation schafft es selten in die lokale Berichterstattung, schon gar nicht in die überregionale. Deswegen ist sie praktisch unsichtbar.

Dennoch – und das ist dann doch etwas Neues – erleben viele Beteiligte gerade auf der kommunalen Ebene ziemlich neue Phänomene. Es gibt inzwischen überall eine unaufgeforderte Mitsprache: von Einzelpersonlichkeiten – gern etwas berühmter und auch wohlhabender, von interessengeleiteten Bürgergruppen, die sich stark machen und schnell und gut organisieren können, von einer problembewussten Bürgerschaft, die sich durchaus auch für öffentliche Interessen einsetzen kann, und von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen, die etwas machen wollen und dafür Raum brauchen. All das ist vielleicht wirklich eine neue Qualität, ein neuartiges gesellschaftliches Phänomen. Daraus können wir schließen, dass es den Bürger oder die Bürgerbeteiligung „on demand“ – also wenn die Kommunalverwaltung oder die Planung es jetzt gerade will und dazu einlädt – so nicht mehr gibt. Diese Bürgerinnen und Bürger reden dann, wenn sie wollen. Baukulturell gesehen haben wir zurzeit eine ganze Reihe von Steinen des Anstoßes. Da gibt es



beispielsweise die Kritik an Altbau- und Denkmalabrissen, aufgrund derer sich Bürger aktivieren und mobilisieren. In Mitteldeutschland haben sich hierzu in verschiedenen Städten Stadtforen gebildet. Es gibt Neubauvorhaben, die schon auf dem Papier abgelehnt werden: weil es Standortentscheidungen gibt, die fragwürdig sind, weil Bäume gefällt werden sollen, weil die Architektur missfällt. Und es gibt zurzeit eine ziemlich weit verbreitete und pauschale Kritik am modernen Nachkriegsstadtebau und der Nachkriegsarchitektur, die in verschiedener Hinsicht auch bedenklich ist. Es gibt damit verbundene Aktivitäten, verloren gegangene Baukörper und Räume wieder aufzubauen, die sehr viele Kräfte mobilisieren können. Daneben gibt es auch eine Kritik an der dürftigen Qualität öffentlicher Bauten, Infrastrukturen und Räume.

Ich finde diese Steine des Anstoßes und diese Debatten gut, da unser Baukulturdiskurs häufig an einer „erhabenen Allgemeinheit“ leidet. Deshalb können wir uns alle freuen, wenn sich hierzu nun lebhaftere Diskurse entwickeln. Diejenigen, die davon vor Ort betroffen sind, sehen das vermutlich in dem Moment immer etwas anders. Wir können aber davon lernen, dass Fragen der architektonischen und städtebaulichen Gestaltung offenbar gut geeignet sind für Beteiligung, Mobilisierung und Mitsprache. Sie sind anschaulich, sie



sind konkret und sie betreffen bestimmte Standorte, die man sich in der Stadt anschauen kann und über die deshalb auch viele mitreden können.

Hinter diesen architektonischen, städtebaulichen und Standortfragen verbergen sich auch sehr grundsätzliche politische Fragen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es geht dabei um Werte, die nicht immer explizit ausgesprochen, sondern oft nur gefühlt werden. Was ist es, was diese Beteiligungen jetzt gerade interessant und neu macht? Wir sind ein bisschen schnell dabei, hier den „Wutbürger“ anzuführen. Dieser Begriff ist schwierig, obwohl Beteiligung meist aus Betroffenheit resultiert und besonders gut funktioniert, wenn man sich von irgendetwas angegriffen fühlt und dagegen verwehrt. Das ist in der Vergangenheit auch nicht anders gewesen. Es existiert aber eine ganze Reihe von sehr unterschiedlichen Beweggründen, die man sich einmal gesellschaftlich und politisch etwas genauer anschauen muss. Da gibt es sehr etablierte Menschen und Gruppen, die eine Verschlechterung ablehnen, weil sie sich in ihren Lebensverhältnissen angegriffen fühlen. Das ist eine gewisse Besitzstandswahrung, die nicht unbedingt einen sozial integrierenden Charakter hat. Wenn beispielsweise in München am Flughafen die zweite Start- und Landebahn nicht gebaut werden soll, ist die Haltung: „Warum eigentlich? Geht ja auch mit der alten, es ist gar nicht notwendig.“

Das Moment an Wachstumskritik, das in dieser Haltung steckt, ist ganz interessant. Es gibt aber in diesen etablierten Kreisen durchaus Erwartungen und auch schon Erfahrungen, dass es den nachfolgenden Generationen, also auch den eigenen Kindern, nicht notwendigerweise immer besser gehen wird, anders als ihre eigene Lebenserfahrung es viele Jahrzehnte zum Ausdruck gebracht hatte. Diese Bürger sind deshalb auch von tiefer Sorge und Beunruhigung ergriffen. In der „Zeit“ gab es einen Artikel mit dem Titel „Meine Mutter macht sich immer so viele Sorgen“, der dieses Gefühl genau zum Ausdruck brachte: Es sind die Eltern und nicht die Kinder, die sich so viel Sorgen machen. Dieses kollektive Wohlstandswachstums-Szenario der Nachkriegs-BRD – an dem Ostdeutschland nicht teilhatte – ist als kollektive Erwartung nicht mehr gesichert. Was

in der Zukunft kommen wird, macht Sorge und deswegen gibt es eine gewisse Aversion dagegen.

**„Die Schwächsten melden sich gar nicht direkt zu Wort. Es besteht ein großes Beteiligungsdefizit darin, dass wir Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht erreichen.“**

Natürlich gibt es auch diejenigen, die Veränderungen ablehnen, obwohl sie selbst in schwierigen Verhältnissen leben, was ihre Wohnung und ihr Stadtquartier angeht. Eine Aufwertung könnte zwar eine Verbesserung, aber natürlich auch eine Verteuerung und möglicherweise in der Konsequenz auch eine Verdrängung bedeuten. Die Schwächsten, die davon direkt betroffen sein könnten, melden sich im Allgemeinen gar nicht direkt zu Wort. Es besteht immer noch ein großes Beteiligungsdefizit in unseren Stadtplanungsprozessen darin, dass wir Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht erreichen.

Es gibt eine Diskussion, die sehr stark von denen geführt wird, die wir so leichthin „kreative Klasse“ nennen. Angehörige dieser Klasse leben häufig durchaus selbst in prekären Lebensverhältnissen, schlagen sich als Lebenskünstler durch und sind auf bestimmte Orte, Stadtquartiere und Lebensverhältnisse angewiesen. Der „Wutbürger“ ist mir als Oberbegriff für neue Beteiligungsformen nicht besonders sympathisch. Dagegen finde ich die Initiativen und Diskussionen, die es zum Beispiel in Hamburg gegeben hat – wer macht die Stadt, wer ist die Stadt, wer bringt sich ein, das Recht auf Stadt und „not in our name“ – viel besser.

Baukultur kann nicht als Expertendisziplin aufgeführt werden. Es reicht nicht mehr aus, wenn die Fachdiskurse und Entscheidungen von Experten – das sind die Architekten, Planer, Denkmalpfleger, Ingenieure und die für das Planen und Bauen zuständigen politischen Verantwortlichen – hinter verschlossenen Türen oder am grünen Tisch verhandelt werden. Die Bürger klopfen inzwischen an diese Türen und machen sie auf. Das erfordert viel Partizipations- und Kommunikationsarbeit.

---

Es ist völlig klar: Diese Bürgerbeteiligung ist anstrengend, die macht richtig viel Arbeit, sie braucht viel Zeit und sie trifft auch nicht per se im Gegenüber ein immer demokratisch geleitetes Interesse. Das Gemeinwohl steckt nicht in jeder Initiative, sondern es sind sehr oft eindeutige oder zumindest unterschwellig vorhandene Interessen. Bürgerbeteiligung kann in Sachen Baukultur auch nicht mit „Beteiligungsfolklore“ verwechselt werden, im Sinne von: „Wir reden jetzt mal alle und dann machen wir mal alle einen Workshop und dann wird das schon schön aussehen und alle finden das gut.“

Und es ist klar, dass in diesem Zusammenspiel von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gruppen, Persönlichkeiten und von den Planungsexperten jeder seine Aufgabe wahrzunehmen hat. Die Architekten und Planer sind nach wie vor diejenigen, die das Know-how für das Entwerfen und für die Entwurfslösungen haben. Sie müssen sie allerdings im Austausch mit den anderen erarbeiten und ihnen hinterher auch erklären können. Sonst bleibt Baukultur immer auf dem Zauberberg sitzen. „Baukultur machen Menschen wie du und ich“ ist das Credo der Baukulturinitiative Landluft in Österreich. Das klingt vielleicht furchtbar banal, ist aber eine ziemlich interessante Initiative. Sie hat für sich herausgefunden, dass Baukultur dann gut funktionieren kann, wenn nicht die einen Architekten die anderen Architekten überzeugen wollen. Menschen wie du und ich sind also nicht bloß die Zielgruppe, sondern sie sind auch die Absender von solchen Prozessen.

---

## Hans-Jürgen Best

STADTDIREKTOR ESSEN,  
GESCHÄFTSBEREICHSVORSTAND PLANEN

---

Möglichkeiten und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements:

Die Sicht einer Stadtverwaltung

Ich möchte Ihnen gerne anhand von Beispielen aus der Planungspraxis einen Überblick geben über die Formen und Inhalte von Beteiligungsverfahren, so wie ich sie in der Stadt Essen über viele Jahre erlebt habe.

Im Jahr 1999 gab es in Essen eine 12 Hektar große Brache zwischen der Universität und der Essener City. Dafür gab es 100 Pläne und nichts ist passiert. Das musste irgendwie geordnet werden, aber dafür war kein Geld da. Die Nachbarn – Karstadt, Ikea und ein großes Autohaus – haben dann ca. 800.000 DM für ein Planungsverfahren zugesagt. Damit wurden die Bürger ohne Vorgaben zu ihren Ideen befragt. Durch Zeitungsveröffentlichungen mobilisiert kamen 1.000 bis 2.000 Bürger, die dort in Zelten drei Tage lang Ideen entwickelten. Eigentlich hätte so eine Beteiligungsmaßnahme generalstabsmäßig durchgeplant werden müssen: mit Untergruppen, Fokusgruppen und Moderatoren, die die Bürger, die sich in der Regel wenig artikulieren konnten, unterstützt hätten. Trotzdem war diese Maßnahme im Ergebnis auch so eine gute Sache, eine Art Befreiungsschlag. Seitdem sah man, dass es hier mit der Entwicklung gezielt weiter geht.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wurden dann bei vielen Planungsanlässen Bürgerworkshops durchgeführt, selbst dann, wenn die Bürger gar kein Beteiligungsbedürfnis hatten. Das war keine formelle Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch, sondern es wurde erstmal gesehen,

was vor Ort so läuft und wer was will. Zum Beispiel im Stadtteil Altendorf, der durch Krupp-Angestellte geprägt ist, die eigentlich überhaupt nichts wollten – außer ihre Ruhe haben. Auf einem Drittel des Platzes neben der schönen Christus-Kirche war eine Art Schrottplatz, Autos parkten wild durcheinander. Da mussten wir die Leute erstmal dazu „erziehen“, das, was sie da sahen, als unangenehm zu empfinden. Um hier einen schönen Platz zu gestalten, mussten zuerst die parkenden Autos anders sortiert werden, was aber der lethargische Bürger an sich nicht will. Bei dieser Beteiligung wollten die Bürger also gar nichts von der Stadt, sondern die Stadtplanung wollte etwas von ihnen: Schönheit, einen Blick fürs Ästhetische. Wenn das Verfahren Christuskirchplatz gescheitert wäre, dann wäre es eben gescheitert, dann hätten die Bürger weiter auf ihren Schrott geguckt.

Diese „neuen“ Verfahren sind verhältnismäßig aufwändig und zeitintensiv und nicht immer direkt auf Umsetzung angelegt. Außerdem sind weitere Verfahren und Arbeitsschritte zur Qualifizierung der Planungen erforderlich. Es gibt keine Rezepte, jeder Fall muss einzeln betrachtet werden.

Als Fazit aus den hierbei gemachten Erfahrungen hat die Stadt Essen dann seit 2001 neue Standards für ihre Bürgerbeteiligung erarbeitet. Hierfür wurde die Öffentlichkeitsarbeit neu geordnet, die Planausstellungen und die öffentlichen Diskussionen wurden intensiviert. Zu jedem einzelnen Planungsfall wurde im Internet-auftritt der Stadt Essen unter der Rubrik „Essen plant und baut“ eine Kommunikationsmöglichkeit eingerichtet. Zu den einzelnen Vorhaben kann hier jeder – parallel zu allen Verfahren – seine Fragen oder Vorschläge eintragen. Der Beteiligungsaufwand durch die neuen Standards kann von der Planungsverwaltung bewältigt werden. Aus diesem Grund sind die Bürgerinnen und Bürger inzwischen zufrieden mit den Beteiligungsmöglichkeiten.

**„Solche Verfahren sind aufwändig, zeitintensiv und nicht immer direkt auf Umsetzung angelegt. Es gibt keine Rezepte, jeder Fall muss einzeln betrachtet werden.“**



Bei der Bürgerbeteiligung können drei Typologien unterschieden werden. Die konstruktive Beteiligung stellt das „Ob“ und „Was“ nicht in Frage und diskutiert konstruktiv über das „Wie“. Ein Essener Beispiel hierfür ist „Breloher Steig Süd“, ein 15 Hektar großes altes Mannesmann-Röhrenlager, das vor sich hin gammelte. Über das „Ob“ und „Was“ wurde hier nicht, dafür aber über das „Wie“ sehr konstruktiv diskutiert. Da ging es um die Frage der Baumassenverteilung, wo kommt der Spielplatz hin, wo gibt es eine Durchgrünung etc. Derartige Beteiligungen machen wir wirklich gerne. Das ist eine ganz muntere Diskussion mit wenig Randalen, das macht sogar Spaß.

Bei der destruktiven Beteiligung wird das „Ob“ und „Was“ in Frage gestellt. Über das „Wie“ wird nicht bzw. nur im engen Rahmen diskutiert. Ein Beispiel hierfür ist das Verfahren „Nöggerathstraße/Freibad West“. Das ist ein Schwimmbad gewesen, in das eigentlich keiner mehr ging, obwohl die Stadt es gut gepflegt hatte. Dieses Verfahren entwickelte sich zum Politikum. Da gab es klare Befürworter der Überplanung, die gesagt haben: „Da geht keiner hin, brauchen wir nicht mehr“. Und es gab die Ideologen, die gesagt haben: „Man nimmt den armen Leuten hier die letzte Freifläche weg“. So wurde das „Ob“ und das „Was“ der Planung grundsätzlich in Frage gestellt. Da kamen dann schon wieder diese ganzen

---

Berufsbürger, die eigentlich auf Krawall gebürstet sind, weshalb man gar nicht dazu kam, über das „Wie“ zu diskutieren.

Bei den Sonderformen der Beteiligung wird sowohl das „Ob“ und „Was“ als auch das „Wie“ diskutiert. Als Beispiel nenne ich hier das Verfahren „Grüne Harfe/Barkhovenallee“: Die Fläche liegt im Essener Süden und in der Umgebung wohnen sehr viele wohlhabende Bürger mit Rechtsanwälten und mit viel Zeit. Da gab es starke Widerstände gegen die Planung. Aus Sicht der Bürgerinitiative waren das ganz wertvolle Äcker. Auf Wunsch der Politik wurde hierfür im Oktober 2010 ein Moderationsverfahren mit Beteiligten aus dem Rat und der Bezirksvertretung, drei Vertretern der Bürgerinitiative, dem Grundeigentümer, den städtischen Planern, externen Gutachtern und einem externen Moderator durchgeführt. Das Ziel war ein Interessenausgleich zu einer möglichen Bebauung. Ein Dreivierteljahr lang wurde in sechs Sitzungen nur der planerische Rahmen bearbeitet. Es ging nicht um Kubaturen, sondern nur um Kompromisspunkte, auf die man sich geeinigt hatte: 30 Prozent maximaler Versiegelungsgrad, 40 Prozent zusammenhängende Grünfläche, Unterschreitung der Energieeinsparverordnung, individuelles Bauen, maximal 12 Meter Gebäudehöhe, maximal 70 bis 100 Häuser. Die Anwohner der Fläche haben dann noch gefordert, dass für den zwei Kilometer entfernten Werdener Ortskern zur Verbesserung der heutigen Verkehrssituation ein Verkehrskonzept zu erstellen ist. Daraus sollten verkehrliche Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet und den zuständigen politischen Gremien der Stadt Essen zur Entscheidung vorgelegt werden. Im Ergebnis sollte die Stadt Essen im Ortskern von Werden ungefähr 4 Millionen Euro investieren, damit oben auf der Höhe gebaut werden darf. Und zur Umsetzung der aufeinander abgestimmten Zeitpläne von Bebauung und Verkehrskonzept wurde eine verfahrensbegleitende Projektgruppe mit dem Ziel der Überwachung der inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben des Kompromisses mit acht Parteien und dem externen Moderator eingerichtet. Nachdem an dem Plan bis April 2013 gearbeitet wurde, bestand nach wie vor Uneinigkeit zwischen Verwaltung und Bürgerinitiative über die

Anzahl der möglichen Wohneinheiten. Es ging dabei um die rechtliche Frage, die maximale Anzahl von Wohneinheiten im Bebauungsplan begrenzen zu können. Dann hat sich die Bürgerinitiative aus der Projektgruppe verabschiedet und der Bebauungsplanentwurf wurde von ihr als Provokation empfunden. Die inzwischen entnervten Politiker haben nun im Mai beschlossen, den Bebauungsplan, wie ihn die Verwaltung vorgeschlagen hatte, in die öffentliche Auslegung zu schicken.

Mein Fazit ist: Die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung sind nicht nur vielfältig, sondern unglaublich vielfältig. Derart aufwändige Verfahren wie an der „Grünen Harfe“ sind nur sehr selten leistbar. Da steckt ein unglaublicher Kraft- und Zeitaufwand dahinter. Standardverfahren nach unseren festgelegten Mindestinhalten, die über das Baugesetzbuch weit hinausgehen, haben sich bewährt. Moderationsverfahren leben von der Akzeptanz des Verfahrens und führen nicht zwangsläufig zu einem guten Ergebnis. Denn der Bürger, der in den politischen Diskussionen immer gepriesen wird, ist nicht identisch mit dem leibhaftigen Bürger in Bürgerversammlungen. In Bürgerversammlungen kann man erleben, dass vorne in der ersten Reihe die Tische umgestoßen werden. Da gibt es mitunter richtig Zoff und Randalen. Da werden Stellvertreterkriege geführt: Wir Planer sind die „Frontschweine“, die an die Front geschickt werden, um den Vorfilter zu spielen für die Unfähigkeit der Politik, die nichts entscheidet. Dort trifft man dann sehr häufig den aufwiegeln Egoisten, der überhaupt keinen Sinn für das Gemeinsame und das Gemeinwohl hat. Und dieser Egoist wird von der Politik am häufigsten bedient, weil er in der Regel auch am lautesten ist. Der hat gute Kontakte zur Öffentlichkeit, weil die Presse ja gerne etwas über Randalen schreibt. Was friedlich verläuft, das erscheint nirgendwo, das ist ja langweilig.

# Gerhard Matzig

JOURNALIST, MÜNCHEN

Vor kurzem hat mich die Kunst- und Kulturzeitschrift *Monopol* nach meinen zehn Lieblingssorten in München gefragt. Seit vier Wochen denke ich nun über zehn Orte in München nach, die mir richtig gut gefallen, und ich komme nicht über drei bis vier hinaus. Das hängt vielleicht mit meinem Lieblingsort schlechthin zusammen: der Zeltdachkonstruktion des Olympischen Areals, erbaut 1972. Dieses Bauwerk ist viel mehr als nur ein Bauwerk; es ist etwas, was für Deutschland und für München immense Bedeutung hat. Es hat dafür gesorgt, dass wir in der Welt Anerkennung als friedliches Volk gefunden haben. Das Gebäude war das Emblem der heiteren Spiele; es war genau das, was man den Spielen von 1936 in Berlin gegenüberstellen wollte. Hier wollte sich Deutschland als demokratisches, freundliches Land präsentieren, was auch geglückt ist.

**„Das Olympische Areal in München mit seiner Zeltdachkonstruktion wäre heute absolut nicht mehr realisierbar.“**

Meine These ist, dass diese Architektur, dieses Vorhaben heute absolut nicht mehr realisierbar wäre. Der Grund hierfür liegt in dem, was ich auch gern bereit bin mit Ihnen zu feiern, einem grundsoliden basisdemokratischen Willen des Bürgers zur Partizipation. Diese wird inzwischen allerdings sehr kräftig unterlaufen vom sogenannten „Wutbürger“. Ein Begriff, den ich nicht mag, der aber nicht schlecht ist, weil die Wut es wirklich in sich hat. Manchmal sagen die Wutbürger, sie würden diffamiert als Wutbürger, aber manche Wutbürger



sind auch ganz stolz auf das Emblematische der Wut. Ich glaube, dass die Wutbürger das Olympische Gelände von München heute verhindern würden. Warum? Schon die Entscheidung, die Spiele nach München zu holen, ist damals nicht besonders demokratisch zustande gekommen. Im Grunde war es so, dass der sehr junge Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel mit dem jungen Funktionär Willi Daume und dem jungen Franz-Josef Strauß im Biergarten beschlossen hat: „Wir wollen die Spiele nach München holen!“ Und die haben das dann auch einfach gemacht. Das war nicht besonders demokratisch legitimiert, das war auch nicht besonders transparent. Dann gab es einen Architektenwettbewerb, dessen Jury hat auch nicht besonders demokratisch und transparent gearbeitet. Zur allgemeinen Verblüffung gewann den Wettbewerb ein völlig unbekanntes Stuttgarter Büro, Behnisch Architekten. Die Entscheidung ist besonders einem Jurymitglied zu verdanken gewesen: Egon Eiermann, der bei diesem Wettbewerb sein Wunschergebnis in absolut undemokratischer Weise durchgeboxt hat.

**„Unsere Gesellschaft als Ganzes ist nicht mehr risikobereit. Aber jedes Bauen hat ein Restrisiko!“**

Der maßgebliche Ingenieur Frei Otto hat uns Studenten in einer Vorlesung erzählt, dass er sich immer, wenn er nach München kommt, mit dem Taxi zur Olympiastätte fahren lässt und staunt, dass das immer noch steht. Er hätte nicht gedacht, dass das so lange hält. Es hat damals auch niemand danach gefragt. Von den Architekten wollte man nur wissen, wie teuer das denn wird. Die haben das dann ausgerechnet und sind auf irgendeine Summe gekommen, die dann um 1.800 Prozent nicht gestimmt hat. Es war also zu teuer und man wusste nicht genau, ob es funktioniert. Aber man hat es doch hingekriegt und zwar auch deswegen, weil es am Ende die ganze Gesellschaft wollte. Weil wir damals ein Bedürfnis hatten, uns mit dieser Emblematis wieder in die Weltgesellschaft einzufügen. Aber auch, weil Geld damals eine geringere Rolle gespielt hat als heute und weil es noch solche Grundstücke gab, die man aufwerten konnte. Es gab damals also andere Voraussetzungen als heute, ich behaupte trotzdem, so ein Projekt ginge heute nicht mehr.

Betrachten wir dazu ein paar aktuell bekannt gewordene Bauereignisse. Die Elbphilharmonie ist heute in Hamburg total umstritten. Meine Vorhersage ist: In zehn Jahren werden die Hamburger auf dieses tolle Bauwerk wahnsinnig stolz sein, auch wenn es natürlich mehrere hundert Prozent mehr kostet. Als zu Beginn der Planungen in einer Hamburger Zeitung ein Artikel mit dem verführerischen Bild der Architektur erschien, haben die Hamburger Bürger sofort Millionen eingesammelt, weil sie diese Idee realisieren wollten. Jetzt hassen zum Teil die gleichen Bürger das Bauvorhaben – nach den ganzen Querelen, Kostensteigerungen, Bauverzögerungen und Streitigkeiten zwischen Architekten, Stadt, Baufirma usw.

Stuttgart 21: Bei dieser Debatte wird zum Beispiel immer wieder vergessen, dass es auch eine städtebauliche Chance für das Zentrum der Stadt ist. Eigentlich ist das viel mehr ein städtebauliches Projekt als ein Verkehrsinfrastrukturprojekt.

Der neue Flughafen von Berlin: Immer wenn ich den in einem Vortrag unterbringe, fahre ich abends nach Hause und erfahre aus den Nachrichten, dass er noch später fertig und noch teurer wird.

Die Bonner Beethovenhalle: In Bonn wollten einige Firmen der Stadt ein neues Konzerthaus

spendieren. Es sprach manches dafür, weil die alte Beethovenhalle arg renovierungsbedürftig ist, eine schlechte Akustik hat und ihr Energiebedarf nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Also dachte man damals, wenn man einen Wettbewerb mit ein paar Stararchitekten macht, dann sind alle begeistert. Das Gegenteil ist passiert. Die Bonner wollten das nicht, die wollen ihre alte Halle behalten. Daran sieht man, dass sich etwas geändert hat. Vor 10, 20 Jahren hätte man gesagt: „Stararchitektin Zaha Hadid baut uns eine neue futuristische Architektur und die Telekom bezahlt es – her damit!“ Heute sind die Verhältnisse offensichtlich anders und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Bei unterschiedlichen Projekten – von Stuttgart 21 bis zur Waldschlösschenbrücke in Dresden – ist ein wichtiges Moment für die Rekrutierung von Wut, was sich während der Bauphase als tatsächliche Kosten herausgestellt hat, nachdem man jahrzehntelang geplant und gerechnet hat. Ich glaube aber, dass Wut hier nicht weiterführt.

Man fragt sich bei diesen ganzen Projekten auch: Haben die Deutschen das Bauen verlernt? Wenn ich in China, in Russland oder in Südafrika bin, wo die Stadien für die Fußball-WM 2010 entstanden sind, höre ich immer: „Im Gegenteil! Deutsche Ingenieure und Architekten, Pläne „made in Germany“ werden stark nachgefragt.“ Nur hier haben wir mittlerweile das Gefühl, man kann in Deutschland nicht einmal mehr ein Garagtor bauen. Das hat mit unsinnigen Vorgaben der Politik und tatsächlich mit Intransparenz zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, dass unsere Gesellschaft als Ganzes nicht mehr risikobereit ist. Aber jedes Bauen hat ein Restrisiko!

Laut zwei großen Studien seit 2010 ist der Wutbürger älter, ca. 50 plus, akademisch gebildet und vermögend. Deswegen hat er oft auch eigene Grundstücksinteressen. Ich habe zum Beispiel einen pensionierten Apotheker kennen gelernt, der gegen Geothermie im Schwarzwald ist. Er hat eine entsprechende Initiative ins Leben gerufen mit der Begründung, das sei ein Erdbebengebiet. Es hat sich dann der wahre Grund herausgestellt: Er hat dort auch ein Ferienhäuschen, das den Blick auf die Geothermie-Anlage hätte. Ich finde es völlig legitim, dass er die Anlage da nicht haben will. Aber eine Bürgerinitiative für eine erdbebenverunsi-

cherte Schwarzwaldregion zu gründen ist das, was der Wutbürger gerne macht. Er klebt also ein größeres Etikett über die eigenen Partikularinteressen.

**„In 100 Jahren werden wir Partizipation auf hohem Niveau betreiben können, wenn wir jetzt anfangen, im Kindergarten, in der Schule und an den Hochschulen anders zu lehren, was Bauen ausmacht.“**

Bei der Partizipation geht es letztlich um die Kommunikation über Architektur und Baukultur zwischen den Betroffenen, also zwischen den Fachleuten und den Laien. Das Bild von Architekten ist bei großen Teilen der Öffentlichkeit, insbesondere auch bei Wutbürgern, aber auch bei ganz „normalen“ Menschen: Sie haben schwarze Sachen an und sind irgendwie sympathische Künstlernaturen, die sich selber verwirklichen, sich dabei aber keinen Dreck scheren um die wahren menschlichen Bedürfnisse.

Umgekehrt gibt es aber auch schöne Beispiele. Ein Bauherr, der ein Privathaus bauen wollte, rief mich an: „Ich habe neulich Ihr Haus in einer Fachzeitschrift gesehen und ich möchte ungefähr das Gegenteil von dem haben, was Sie gut finden.“ Daraufhin habe ich einen guten konservativen Architekten und diesen finanziell potenten Bauherrn zusammengebracht. Vor zwei Jahren hat sich der Bauherr bei mir gemeldet: „Da haben Sie mir aber was Schönes eingebrockt, ich habe einen Nervenzusammenbruch, wir sind fast geschieden, die Anwälte verdienen gut daran. Jetzt zeige ich Ihnen mal einen Brief, den mir der Architekt geschrieben hat.“ Der Brief ist sechs Seiten lang und eine Abrechnung des Architekten mit dem Bauherrn. Er schreibt: Der Bauherr hat keinen Geschmack, keine Bildung, ist ein Idiot, er kapiert nicht, wie toll diese Architektur ist und jetzt hat er auch noch ein Sofa in einem falschen Stoff ausgesucht. Jetzt reicht es! Er kündigt, denn dieses Blau geht gar nicht.

Das gibt es in der Baugeschichte immer wieder; mein Lieblingsbeispiel hierfür ist Frank Lloyd Wright. Der sollte das Privathaus von Marilyn

Monroe bauen, die damals mit Arthur Miller verheiratet war. Der beschreibt in seinen Memoiren, wie sie den damals schon 80-jährigen Frank Lloyd Wright in New York abholten und dann zwei Stunden nach Connecticut fuhren, um das Grundstück zu besichtigen. Miller schreibt: „Wright verschlief die Fahrt. Als wir ankamen, stieg er aus, erklimmte den Hügel, pinkelte und sagte: Ja, oh ja. Daraufhin wollte ich mit ihm darüber reden, was für ein Haus wir uns vorstellten, aber Wright winkte ab und gab mir zu verstehen, dass ihn meine Meinung nicht interessiere, er wollte jetzt nach Hause fahren. Vier Wochen später schickte er uns eine Buntstiftzeichnung.“ Und Miller, der nicht unvermögend war, schätzte, dass er, wenn er das gesamte Erbe seiner Familie zu Geld machen würde, den Stützfeiler des Pools vielleicht anzahlen könnte.

Architekten haben offensichtlich von den Bauenden, von den Laien ein sehr klischeehaftes Bild. Umgekehrt meinen große Teile der Öffentlichkeit, alle Architekten seien Betonverbrecher. Zwischen diesen beiden Sphären muss man vermitteln. Es sind einfach zu viele Klischees im Raum.

Wenn ich bei mir zu Hause 40 Meter nach links gehe, dann sehe ich die Einfahrt von einem ganz „normalen“ Menschen. Der mag das nicht, wenn man auf seinem Grundstück wendet, deswegen hat er da eine alte, rostige Kette gespannt und eine Pergola aus dem Baumarkt vor seine Fertiggerage gehängt. Das ist die normale Ästhetik – kein Mensch regt sich darüber auf. Aber die Kaufhäuser, die Parks, die großen Bürobauten, die sozusagen den Furor evozieren, die sind alle so entworfen, dass wir daran Anstoß nehmen können. Da muss man erst noch mal von vorne anfangen, da können Sie das allgemeine Wissen um Baukultur gar nicht niedrig genug ansetzen. Man muss eigentlich immer wieder bei null anfangen und alles noch mal von vorne erklären. Partizipation ist etwas Gutes und in 100 Jahren werden wir den Diskurs auf einem hohen Niveau führen können, wenn wir jetzt damit anfangen im Kindergarten, in der Schule und an den Hochschulen anders zu lehren, was Bauen ausmacht. Die Planer verstehen sich selbst zu wenig als Pädagogen und vermitteln zu wenig das, was vermittelenswert wäre. Auch deswegen gibt es jetzt einen Zorn, der nicht unberechtigt ist.

---

## Diskussion:

HANS-JÜRGEN BEST, DR. MARTA DOEHLER-BEHZADI, GERHARD MATZIG, DR. HOLGER PUMPUHLMANN; MODERATION: CAROLA SCHOLZ, MBWSV NRW

---

Carola Scholz Die vier Statements haben ein sehr breites Spektrum zu den Möglichkeiten und Grenzen aktuellen bürgerschaftlichen Engagements aufgezeigt.

Herr Matzig, Sie haben gesagt, ein Risiko wie beim Olympiazelt würde man heute nicht mehr eingehen. Sie haben andererseits dargestellt, welche riskanten Projekte im Augenblick

aus dem Ruder laufen. Welche Risiken soll und darf man bei solchen Projekten eigentlich noch eingehen? Braucht Baukultur nicht auch Symbole und Zeichen, Bilbao-Effekte vielleicht? Aber gleichzeitig: Was ist überhaupt noch möglich in diesem Bereich? Nach Martin Mosebach bedarf es für eine Straße keiner Meisterwerke, sondern vor allem der Demut, sich im Vorhandenen bescheiden einzufügen und die vorgegebene Atmosphäre möglichst wenig zu stören.

Gerhard Matzig Im Prinzip gebe ich Mosebach Recht. Uns fehlt vor allem eine hoch entwickelte Baukultur im Alltagsbauen. Eine gute Stadt besteht immer aus dem Ensemble, das sich bescheiden macht, und aus den Solitärbauten. Das sind die Kirchen, das sind Rathäuser, das sind die zeichenhaften Gebäude. Es gab immer auch das Bedürfnis nach Zeichenhaftigkeit und Repräsentation in der Architektur. Nur müssen diese Dinge in einem Gleichklang stehen.

Auf die Frage, ob wir in Deutschland noch Risiken eingehen können und dürfen, muss die Demokratie die Antwort geben. Bei den meisten Projekten, die jetzt umstritten sind, wurde





einfach gelogen, was die Kosten und die Termine angeht. Deswegen ist man zu Recht sauer, wenn stückchenweise immer wieder eine neue Wahrheit zu Tage kommt. Derartige Projekte müssen auch anders geplant werden, z. B. mit längeren Vorplanungen. Das ist natürlich teuer, man muss aber bereit sein, diese Kosten zu investieren. Dann kann man darüber abstimmen lassen und wird vielleicht bei dem einen oder anderen Projekt in Deutschland sagen: Nein, das wollen wir so nicht. Deutschland ist ein Land, dem es sehr gut geht und in dem wir noch Entwicklung haben, in dem wir nach vorne schauen können. Es gibt aber auch ein großes Bedürfnis nach Stillstand in der Gesellschaft, das ist ein Teil des Problems.

**„Deutschland ist ein Land, dem es sehr gut geht und in dem wir noch Entwicklung haben. Es gibt aber auch ein großes Bedürfnis nach Stillstand in der Gesellschaft.“**

Carola Scholz Herr Pump-Uhlmann, ist nicht das Bedürfnis nach Stillstand eigentlich ein Bedürfnis nach Bewahren der gewohnten Umgebung vor dem Hintergrund vielfältiger Veränderungen? Woran liegt es, dass Menschen häufig mit Planungen nicht mehr einverstanden sind?

Dr. Holger Pump-Uhlmann Es gibt die Frage des „Ob“ und die Frage nach dem „Wie“, also die Frage der Qualität der Architektur. Was ist dabei Aufgabe der Experten, was ist Aufgabe der Politik und wie viel Teilhabe der Bevölkerung lässt sie zu? Es geht um den städtebaulichen Kontext, um die Verteilung von Nutzungen und Funktionen innerhalb der Stadt. Da ist die Bürgerschaft nicht mehr gewillt, stillschweigend einige Aufwertungen bestimmter Stadtareale und infolgedessen auch Abwertungen anderer Bereiche hinzunehmen. Da fühlt sich die Bürgerschaft durch die gewählten Vertreter im Stadtrat oder in den Bauausschüssen nicht so gut vertreten und versucht, das Heft des Handelns selber in die Hand zu nehmen. Inzwischen gibt es in Folge einzelner Großprojekte auch neue Mehrheitsverhältnisse in Parlamenten und Abwahlen von Bürgermeistern. Ich erlebe also den





Willen, stärker teilzuhaben an den funktionalen Zuordnungen der Städte, aber auch am Erhalt von bestimmten Freiflächen.

**„Ich erlebe den Willen, stärker teilzuhaben an den funktionalen Zuordnungen der Städte, aber auch am Erhalt von bestimmten Freiflächen.“**

Carola Scholz Herr Best, Sie haben dargestellt, dass es für Planer auch darum geht, Leute zu ihrem Glück zu bringen. Nach Erfahrungen und Konflikten im Zusammenhang mit den Sanierungsgebieten der 70er- und 80er-Jahre wurden erstmals bestimmte Beteiligungs- und Beratungsmöglichkeiten, Anwaltsplanungen und Stadtteilbüros geschaffen. Ist das der Weg, um Beteiligungskultur zu etablieren und der Unzufriedenheit die Spitze zu nehmen?

Hans-Jürgen Best Das könnte ein Weg sein. Die Sanierungsgebiete der 70er-Jahre waren ja viel komplizierter. Da gab es erst massivste Interessenkonflikte und die Bürger wurden dann fast zu Tode beteiligt. Heute müssen wir bei vielen Bürgerbeteiligungsverfahren eine aktivierende Bürgerbeteiligung machen. Wenn man einen Stadtteil anders machen will, weil wir Planer meinen, eigentlich könnte es da auch schöner sein, dann ist der nächste Schritt, das den Bürgern auch schmackhaft zu machen. Da muss man die Bürger erst mal dazu führen, dass sich großräumig an verschiedensten Stellen etwas tun soll. Den Bürgern wird systematisch vermittelt, dass es auch anders aussehen kann. Der Bürger an sich ist ja relativ statisch. Es gibt genug Menschen, die meinen: Für mich reicht es ja noch. In der heutigen kinderarmen Gesellschaft interessieren sich viele 60-, 70-Jährige nicht ernsthaft für die Zukunft. Das ist ein Aspekt von schwindender Solidarität. Aber Qualitätsverbesserung und Wohnumfeldverbesserung müssen wir heute machen.



Carola Scholz Frau Doehler-Behzadi, die Bürger nehmen sich einfach das Recht, sich einzumischen. Muss der Laie erst mal den Experten hören, Wissen vermittelt bekommen, bevor er sich äußern und sein Umfeld „verteidigen“ darf?

**„In der heutigen kinderarmen Gesellschaft interessieren sich viele nicht ernsthaft für die Zukunft. Aber Qualitätsverbesserung und Wohnumfeldverbesserung müssen wir heute machen.“**

Dr. Marta Doehler-Behzadi Man hört immer wieder, dass ein demokratisches Planungssystem eigentlich keine gute und schon gar keine prägnante Architektur schaffen könne. Architekten stellen sich eigentlich gern einen absolutistischen Bauherrn mit sehr viel Geschmack und sehr viel

Geld vor, der sie machen lässt und hinterher ist alles toll. Das gab es sicher auch ab und an in der Geschichte, aber das gibt es heute nicht mehr oft. Wenn man sich einmal die Geschichte des öffentlichen Bauens in der Bundesrepublik anschaut, hat dies allerdings insgesamt eine deutlich höhere Qualität als das private Bauen.

In diesem Baukulturdiskurs kommt es mir noch auf die Betrachtung des pädagogischen Ansatzes „Baukultur als Erziehungsmaßnahme“ an. Dazu empfehle ich den Artikel von Christian Demand „Architekturkritik als Laienpredigt“ im Merkur. Darin kritisiert er die Haltung: „Wir haben den guten Geschmack sozusagen mit dem Löffel gefressen und müssen jetzt nur den Rest der Gesellschaft erziehen, dass sie uns darin folgen.“ Man kann auch viel Gutes über Baukulturpädagogik, Denkmalpädagogik und Museumspädagogik sagen. Aber in dieser Haltung ist ein Gefälle zwischen den Dialogbeteiligten, das mir nicht gefällt.

Beteiligung macht Planer und Architekten zunächst einmal klüger, wenn sie sich in bestimmte



Gebiete bewegen, ohne dass Bürgerversammlungen einberufen werden. Wenn sie vor Ort hören, riechen, sehen, was eigentlich los ist, könnte das ihre Planung häufig sehr positiv beeinflussen. Die Masse dessen, was heute zu tun ist, sind Planungen im Bestand. Wenn man die Leute im Quartier bei der Zielbestimmung einbezieht und Planungen mit ihnen entwickelt, werden die Maßnahmen kleiner, viel überschaubarer und damit auch viel billiger.

Dazu gibt es noch viele Kommunikations-hürden, wenn beispielsweise ein Planungsbüro mit einer schon ausgearbeiteten Planung etwas in ihrer Planersprache als Botschaft ins Publikum aussendet. Die Leute verstehen etwas anderes, geben eine Antwort und reden dabei von ganz anderen Dingen. Sie können das nicht zum Ausdruck bringen und beide verstehen einander nicht. Die einen gehen dann nach Hause und planen einfach weiter und die anderen sind frustriert. Ich habe schon Beteiligungen erlebt, wo die Kommunikation so furchtbar gescheitert ist, dass man das überhaupt gar nicht miterleben wollte.

Dabei gibt es wirklich sehr viele Dinge, die man auf einer ziemlich unkomplizierten Ebene machen kann. Gerade wenn wir davon ausgehen, dass das Umbauen im Bestand die Zukunftsaufgabe überhaupt sein wird, sind die Dinge, die man dabei erfahren kann, sehr wertvoll.

Carola Scholz Wie kann eine Kommune, wie kann die Stadtplanung mit diesen gewachsenen Ansprüchen umgehen? Sie haben zusammen mit dem BBSR einen Instrumentenkasten „Kommunale Kompetenz Baukultur“ entwickelt. Sind diese klaren Gestaltungsziele, diese verbindlichen Qualitätskontrollen, die Sie den Kommunen in dieser Broschüre empfehlen, ein Rezept oder eine wesentliche Voraussetzung für mehr Kommunikation? Was erhoffen Sie sich von diesem Instrumentenkasten?

**„Die Politik hat nach wie vor die Aufgabe immer die Frage zu stellen: Was ist das öffentliche Interesse daran?“**



Dr. Marta Doehler-Bezadi Dieser Instrumentenkasten ist eine Hilfestellung und er stellt Instrumente vor, die grob beschreiben, wie man zu mehr Baukultur gelangen kann, wenn man auf der kommunalen Ebene tätig ist. Das ist nichts Neues für diejenigen, die das schon machen. Das ist aber durchaus eine Hilfestellung für viele Kommunen, in denen Verwaltungsmitarbeiter ganz alleine dastehen und sich schon ihren Vorgesetzten oder Kollegen gegenüber nicht verständlich machen können. Die Verwaltung soll sich gerne an diesem Instrumentenkasten orientieren und soll die Instrumente der Planungsabsicherung anwenden können.

Die Politik hat nach wie vor die Aufgabe – gerade in diesen unübersichtlich gewordenen Beteiligungsprozessen – immer relativ strikt die Frage zu stellen: Was ist jetzt das öffentliche Interesse daran? Und nicht bloß das Interesse von denen, die jeweils an den Prozessen teilnehmen. Das ist nicht in jedem Fall populär, aber das ist ihre Aufgabe und das nimmt ihnen auch niemand ab. Baukultur wird es, wenn wirklich alle diese Positionen gut besetzt sind und zusammenarbeiten.

**„Es entsteht nur dort Baukultur, wo ein guter Planer mit einem guten Bauherrn zusammentrifft. Und wenn der Bauherr die Öffentlichkeit ist, muss die Öffentlichkeit auch ein Qualitätsbewusstsein haben.“**

Carola Scholz In Regensburg hat kürzlich eine Fachjury einen Entwurf für ein neues Museum prämiert, der scheinbar mit der Altstadt und dem städtebaulichen Umfeld gut verträglich ist. Die örtliche Lokalpresse hat dagegen interveniert, dass der deutlich spektakulärere Entwurf eigentlich der richtigere gewesen wäre. Sind es hier die Bürger, die widersprechen und plötzlich sagen, wir wollen das Spektakuläre haben?

Gerhard Matzig In diesem Fall hat man in der Bevölkerung tatsächlich eine Klischeevorstellung von vermeintlich guter Architektur – die sehr

marktschreierisch und laut tut, aber auch nur aus Fassade besteht – gegenüber einem bescheideneren Gebäude befürwortet. Das ist durchaus widersprüchlich zu anderen Ergebnissen an anderen Orten. Es gibt also beide Strömungen in der Gesellschaft: Den einen kann es nicht bescheiden genug gehen, die haben dieses Marktschreierische, Laute satt. Und die anderen, übrigens oft in kleineren Städten, haben ein großes Nachholbedürfnis am Bilbao-Effekt, nehmen Architektur als demokratisches Gemeinwesen dabei aber nur an der Oberfläche wahr. Die Fachleute wollen den klügeren Grundriss erklären und sprechen von besseren Erschließungen und Fluchtungen. Aber dann gibt es diese sehr suggestiven Renderings aus dem Computer und die anderen sehen so einen Sonnenuntergang hinter einem „Betonbrut-Manifest“. Da ist es dann an den Beteiligten, wirklich noch mal für ein genaueres Hinschauen zu werben.

Wir haben ja nicht mehr die absolutistischen Monarchen, die die Altstadt von Salzburg wegsprengen und ein paar Residenzbrunnen da hinstellen (und damit auch Baukultur gemacht haben). Wir müssen heute das „demokratische Wesen“, also die partizipierenden Bürger in die Lage versetzen, auf Augenhöhe mit den Planern zu agieren. Es entsteht nur dort Baukultur, wo ein guter Planer mit einem guten Bauherrn zusammentrifft. Und wenn der Bauherr jetzt die Öffentlichkeit ist, muss die Öffentlichkeit auch ein Qualitätsbewusstsein haben, vor allem auch in der Kommunikation.

Das Regensburger Beispiel zeigt aber sehr gut, dass es nicht so weit her ist mit der Qualität der Kommunikation. Meine Beobachtung ist, dass es mehr Kompetenz in Gesprächen über Literatur, Theater, Kino, also über alle anderen Kultur-gattungen gibt. Aber in der Architektur – die die öffentlichste aller Künste ist – ist das Wissen am wenigsten verbreitet. Hier muss man ansetzen und deshalb müssen die Fachleute sich besser erklären, sie müssen mehr erklären.

Carola Scholz Diese Polarisierung zwischen einerseits dem Laien, der natürlich abstrakte Planungen erst einmal nicht versteht, und andererseits den Fachleuten mit ihrer Sprache, die nicht

vermittelt, ist genau unser Thema. Eine letzte Frage dazu noch an Herrn Pump-Uhlmann: Die kommunalen Möglichkeiten von Beteiligungskultur, mit Instrumenten wie Gestaltungsbeiräten und Dialogen mit Bürgern, brauchen Vertrauen. Was wäre eigentlich die Voraussetzung für eine derartige Vertrauensbildung und welche Mediatoren braucht es dazu vor Ort?

Dr. Holger Pump-Uhlmann Ich halte hierzu die Stadt Wolfsburg für beispielgebend, die sich eine Architekturvermittlungsstelle leistet. Das ist bei einer jungen Stadt, die wenig bauliche Tradition hat und sich verpflichtet, die Architektur der Moderne ihrer Bevölkerung zu erklären, vielleicht notwendiger als in anderen Städten. Aber das ist ein ausgezeichnetes Instrument, um nicht nur am Tag der Architektur, sondern permanent öffentlich wirksame Veranstaltungen zu machen, um Architektur und Stadtplanung in den Fokus des öffentlichen Interesses zu bringen. Das halte ich für fast noch wichtiger als einen Gestaltungsbeirat, der wichtig sein kann und der natürlich auch hochqualifiziert besetzt sein sollte. Aber bei Gestaltungsbeiräten gilt oft: Wenn die Politik nicht will, dann nützt einem auch der bestbesetzte Gestaltungsbeirat gar nichts. Deshalb ist ein erzieherisches Instrument wie die Wolfsburger Architekturvermittlungsstelle, das einfach den Dialog stärkt, auch für andere Städte vorbildgebend.



---

Im Vordergrund Birgit Wend,  
Stefan Rommelfanger



---

Michael Ziehl, Gängeviertel, Hamburg





---

Stehend (v.l.n.r.) Jörg Beste, Achim Dahlheimer,  
Karin Bandow



---

Teilnehmer des Workshops









---

Teilnehmer des Workshops

---

# Mehr als Beteiligung – Projektbeispiele aus der Praxis

---

Tempelhofer Freiheit, Berlin; Ines-Ulrike Rudolph  
Nexthamburg, Hamburg; Julian Petrin  
Gängeviertel, Hamburg; Michael Ziehl  
Bauherrenmodell, Tübingen; Uwe Wulfrath  
Klushuizen, Rotterdam; Joost Woertman  
Wiesenviertel, Witten; Philip Asshauer  
Wir lassen die Kirche im Dorf, Dortmund;  
Jörg Karpowitz

---

# Projektsteckbrief: Tempelhofer Freiheit, Berlin

---

## Name des Projektes:

Tempelhofer Freiheit – Das THF-Pionierverfahren.

## Ort des Projektes:

Berlin, ehemaliger Flughafen Berlin-Tempelhof (Schnittstelle der drei Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Neukölln, Kreuzberg)

## Projektdauer:

Projektentwicklung/-qualifizierung

- 2007 und 2008:

Ideen- und Expertenwerkstätten zur Nachnutzung sowie Onlinedialog als Instrument der Bürgerbeteiligung, Erarbeiten des Dynamischen Masterplanes durch Team Ideenwerkstatt (Beauftragung und Steuerung durch Senatsverwaltung für Stadtentwicklung)

- 2009:

Leitbild der Gesamtentwicklung durch Tempelhof Projekt, als Geschäftsfeld der Adlershof GmbH im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Beauftragung der Grün Berlin GmbH für das Management und die Entwicklung der Parklandschaft durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

- 2010:

8. Mai: Öffnung des Areals als öffentlicher Park.  
17. Mai: Start des Pionierverfahrens (Konsolidierung in 2012, Evaluation in 2013, Vorbereitung

weiterer Ausschreibungen ab 2014)

Dezember: Abgeordnetenhaus-Beschluss zur Gründung der landeseigenen Entwicklungsgesellschaft Tempelhof Projekt GmbH zum 1.1.2011 (gesamtheitliche städtebauliche Entwicklungsaufgaben für die Baufelder und das Hauptgebäude)

- ab 2016 avisiert:

Planungsrecht für die Baufelder (Start Baufeldvorbereitung und Vertrieb)

- weitere geplante öffentliche Meilensteine des Pionierverfahrens:

2014: Öffentliche Vorstellung Evaluationsergebnisse und neuer Projektauftrag

2015: Umzugsmanagement für Pionierprojekte im Rahmen der Baufeldvorbereitung und Parkentwicklung sowie Durchführung einer Standortkonferenz zu THF als Kreativstandort

2017: Berlinweite IGA Berlin 2017/ Standortkonferenz auf THF

2020: Standortkonferenz ggf. in Kooperation mit DIY-IBA- und Self-Made-City Netzwerk

- bis 2025: aktuell angenommener Entwicklungszeitraum

## Projektverantwortliche / Projektbetreiber:

Initiatoren und Eigentümer (Gesamtentwicklung): Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. II Städtebau und Projekte und Abt. I Stadt- und Freiraumplanung

## Pionierverfahren:

Tempelhof Projekt GmbH (Entwicklung und Umsetzung des Auswahlverfahrens sowie Entwicklungsstrategie für eine integrierte Entwicklung mit Pionierprojekten in die Gesamtentwicklung) und Grün Berlin GmbH (Verträge und Betreuung vor Ort sowie integrierte Entwicklung von Pionierprojekten in die Parklandschaft)

## Andere relevante Akteure:

- Teilprojekt „THF- Inkubator“: Aufbau eines Beraternetzwerkes (Netzwerk für Bildung, Neue Arbeit und Gründerberatung)

- Teilprojekt „THF- Prototypen“ (Entwicklung





baulicher und programmatischer Prototypen):  
 Aufbau einer Recyclingbörse mit Kunststoffe e. V.,  
 zukunftsgerausche GbR und Veranstaltern der  
 THF-Eventlocation

– Austausch und Kooperation mit verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen, z.B. zum Thema „Klimagerechte Gebäude und vertikale Stadtlandschaften“ (BMBF Modellvorhaben „ZFarm-Gebäudeintegrierte Landwirtschaft“, ZALF Leibnizinstitut; Inter 3 – Institut für Ressourcenmanagement; ISR – TU Berlin, Fachgebiet für Stadt- und Regionalökonomie)

– Teilprojekt „THF- Infrastruktur“: Aufbau einer technologischen Innovationsplattform zur Entwicklung des „Mobilen Nano Smart Grid“ mit Büro Happold und in Beratung mit der Technologiestiftung Berlin; Austausch und Kooperation mit dem TU Urban Smart City Lab

Die Pionierprojekte selbst sind für Austausch und Qualifizierung innerhalb ihrer Standortgemeinschaften und darüber hinaus verantwortlich. Weiterführende Informationen zu den Projekten unter: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/mitgestalten/pionierprojekte/>

#### Art der Trägerschaft:

Das Areal und das ehemalige Flughafengebäude befinden sich im Eigentum des Landes Berlin. Die Voraussetzungen und Qualitätskriterien zum Vertrieb der Baufelder werden aktuell im Rahmen der berlinweiten Debatte zur Liegenschaftspolitik diskutiert. In diesem Zusammenhang werden auch die Überlegungen zur integrierten Entwicklung mit Pionierprojekten und potentielle Entwicklungs- und Eigentumsoptionen konkretisiert.

#### Kurze Beschreibung des Projektes:

Im Rahmen der konzeptionellen Vorbereitungsphase einer Nachnutzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof wurden 2007/2008 Ideenwerkstätten mit internationalen Experten durchgeführt. Hier entstand die Idee, Zwischen- und Pionierprojekte erstmalig gezielt in eine integrierte Stadtentwicklung einzubinden.

Pionierprojekte sind Teil der prozesshaften Stadtentwicklung und ein innovativer Beteiligungsbaustein der Standortentwicklung. Im Einvernehmen zwischen dem Land Berlin und den Projekten können die Pionierprojekte langfristig



---

in die Gesamtentwicklung integriert werden. Ziel ist es, die großen Entwicklungspotentiale zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in Berlin aktiv zu nutzen und partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Pionierprojekte betreiben ihre Initiative meist mit geringen finanziellen Mitteln und hohem persönlichen Einsatz: über kurzfristige Initiativen bis hin zu Projekten, die nachhaltig wachsen und sich professionalisieren und dauerhaft verstetigen. Die Projekte werden organisatorisch unterstützt und geeignete Rahmenbedingungen für eine langfristige Entwicklung geschaffen.

#### Art des bürgerschaftlichen Engagements:

Experimentierraum zur Entwicklung und zum Testen von Projekten, sowohl für ehrenamtliche Initiativen als auch für Start-ups, wissenschaftliche Institutionen und private Partner.

Aktive Teilhabe an der Entwicklung des Areals durch mögliche Integration in die Gesamtentwicklung (Mitwirkung). Arbeitsmarktpolitische Impulse sind erwünscht und werden unterstützt.

Pionierprojekte als Multiplikatoren der Gesamtentwicklung (Information und Kommunikation), schaffen selbst verschiedenste Partizipationsangebote und eröffnen somit Beteiligungsmöglichkeiten.

Mitwirkende der Pionierprojekte sind im Nutzerbeirat Parklandschaft vertreten (Mitbestimmung).

#### Mehr Informationen:

Tempelhof Projekt GmbH  
Ines-Ulrike Rudolph (Pionierverfahren)  
ines-ulrike.rudolph@tempelhof-projekt.de  
Telefon: 0049-30- 2000 374 25  
Martin Pallgen (Kommunikation  
Gesamtentwicklung)  
martin.pallgen@tempelhof-projekt.de  
Telefon: 0049-30- 2000 374 70  
Columbiadamm 10, Bauteil D2  
12101 Berlin  
www.tempelhoferfreiheit.de

---

# Projektsteckbrief: Nexthamburg

---

## Name des Projektes:

Nexthamburg

## Ort des Projektes:

Hamburg

## Projektdauer:

Gründung Nexthamburg Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt): seit 2009, Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik: 2009 – 2012, Weiterbetrieb seit 2012, Gründung des Nexthamburg e. V. im Jahr 2012

## Projektverantwortliche:

Geschäftsführer: Julian Petrin  
Gesamtteam bestehend aus 25 Urbanisten, Soziologen, Politologen und Medienmachern

## Projektbetreiber:

Nexthamburg e. V., Nexthamburg Plus  
Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt)

## Andere relevante Akteure:

Bis 2011 gefördert von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik  
Kooperationspartner: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Museum für Hamburgische Geschichte, World Future Council, IBA Hamburg GmbH, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Körber Stiftung, urbanista – Stadtentwicklung und Kommunikation

## Art der Trägerschaft:

10 Gesellschafter der Nexthamburg Plus Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt): Julian Petrin, Suitbert Schmitt, Ferdinand von Hoff, Antje Matern, Rajiv Patwardhan, Markus Ewald, Johannes Bouchain, Matthias Baxmann, Peter Fey, Stephan Landau. Seit 2012 ist Nexthamburg als gemeinnütziger Verein organisiert.

## Kurze Beschreibung des Projektes:

Nexthamburg ist Hamburgs Bürger-Stadt-Labor – unabhängig und offen für alle Hamburger Bürger, die gemeinsam die Zukunft ihrer Stadt gestalten wollen. Nexthamburg gibt Ideen, Meinungen und Wünschen von Bürgern eine Bühne und sorgt dafür, dass sie bei der Stadt gehört werden. Nexthamburg wurde von 2009 bis 2012 als Prototyp für eine unabhängige Partizipationsplattform von der Bundesregierung gefördert. Langfristiges Ziel von Nexthamburg ist es, zu helfen, dass viel versprechende Ideen der Bürger ihren Weg in die Umsetzung finden. Seit 2012 ist Nexthamburg mit Kooperationsprojekten auch in Bremen, Hannover, Kopenhagen, Lissabon, Belgrad und Bangalore aktiv.

## Art des bürgerschaftlichen Engagements:

Im Mittelpunkt von Nexthamburg stehen zwei Formate: große Bürgerworkshops, „Sessions“ genannt, und ein kontinuierlicher Online-Dialog. Beide Formate sind durch eine klare Dramaturgie miteinander verbunden. Im ehemaligen Ohnsorg-Theater wurde vom 6. bis zum 11. Februar 2012 eine gläserne Zukunftswerkstatt errichtet, die Treffpunkt, Diskussionsraum und Café in einem war und der Community sowie zufälligen Passanten die Möglichkeit gab, beim Entstehen der Bürgervision mitzuwirken.

## Mehr Informationen:

Julian Petrin  
Bäckerbreitergang 14  
20355 Hamburg  
+49 (0)40 74 392 632  
mail@nexthamburg.de  
www.nexthamburg.de



---

# Projektsteckbrief: Gängeviertel

---

Name des Projektes:  
Gängeviertel

Ort des Projektes:  
Hamburg-Neustadt

Projektdauer:  
Kulturelle Aneignung: August 2009  
Start der Sanierung: Juli 2013  
Voraussichtliches Sanierungsende: 2021

Projektverantwortliche:  
Initiatoren: Initiative „Komm in die Gänge“  
Sanierungsträger: STEG – Städtische Entwicklungsgesellschaft mbH

Projektbetreiber:  
Institutionen Gängeviertel:  
Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG,  
Gängeviertel e. V.  
Architekt: Joachim Reinig – Architekturbüro  
Plan-R  
Ämter Freie und Hansestadt Hamburg:  
BSU – Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Kulturbehörde, Bezirksamt Mitte

Art der Trägerschaft:  
Grundstück und Gebäude gehören der Stadt Hamburg, die das Gängeviertel zum Sanierungsgebiet (nach BauGB) erklärt und die STEG – Städtische Entwicklungsgesellschaft mbH als Sanierungsträgerin eingesetzt hat. Ein Kooperationsvertrag zwischen der Stadt und dem Gänge-



viertel regelt die Mitbestimmung der Nutzer und verpflichtet die Freie und Hansestadt Hamburg die 2010 gegründete Gängeviertel Genossenschaft als Betreiberin der Gebäude nach ihrer Sanierung zu präferieren.

Kurze Beschreibung des Projektes:  
Fast zehn Jahre lang ließ die Stadt Hamburg das Gängeviertel leer stehen und verfallen. 2008 wurde es verkauft und der weitgehende Abriss genehmigt – trotz Denkmalschutz. Vorgesehen war der Neubau von Büros, Gewerberäumen und Wohnungen im gehobenen Segment. Als Protest gegen eine überwiegend gewinnorientierte Stadtentwicklungspolitik, gegen Gentrifizierungsprozesse, für Freiräume und Selbstbestimmung wurde das Gängeviertel unter dem Slogan „Komm in die Gänge“ im September 2009 von rund 200 Menschen kulturell besetzt. Die neuen Nutzer haben im Gängeviertel Ateliers, Werkstätten, Arbeits- und Veranstaltungsräume eingerichtet und die alten Gebäude, so gut es ihnen möglich war, instand gesetzt. Seitdem finden täglich Ausstellungen, Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen, Diskussionen oder Workshops statt. Jede Woche kommen Hunderte von Besuchern und nutzen die kostenlosen Angebote.

Die Stadt kaufte das Gängeviertel vier Monate nach der Besetzung aufgrund des dadurch



ausgelösten öffentlichen Drucks vom Investor zurück, aber erst nach zweijährigen Verhandlungen erzielten die Initiative und die Stadt Hamburg eine Einigung über die Sanierung des Viertels, ihre Finanzierung und die zukünftige Entwicklung. Grundlage der Sanierung ist ein IEK – Integriertes Entwicklungskonzept, das auf dem Nutzungskonzept der Initiative „Komm in die Gänge“ basiert.

Um die Selbstverwaltung langfristig leisten zu können, hat die Initiative eine komplexe Organisationsstruktur entwickelt. Das wichtigste Gremium ist dabei die wöchentliche Vollversammlung. Hier werden alle relevanten Entscheidungen basisdemokratisch getroffen. Sie steht jedem offen und ist dadurch auch eine Anlaufstelle für Außenstehende, die sich einbringen wollen. Bezüglich der ausstehenden Sanierung ist vor allem die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG von Bedeutung. Sie sammelt als Projektgenossenschaft Eigenkapital, um die Häuser nach ihrer Sanierung vom städtischen Träger übernehmen zu können und gemeinschaftlich zu verwalten. Der Gängeviertel e. V. organisiert dagegen vor allem die Programmgestaltung.

#### Art des bürgerschaftlichen Engagements:

Selbstverwaltung des Gängeviertels, ganzjährige Bespielung mit einem vielfältigen und unkommerziellen Kulturprogramm, maßgebliche Beteiligung

an der Projektentwicklung und den Sanierungsmaßnahmen, Engagement für eine gerechtere (Stadtentwicklungs-)Politik im Netzwerk „Recht auf Stadt“, politische Basis- und Bildungsarbeit.

#### Mehr Informationen:

Michael Ziehl

c/o Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG

Valentinskamp 34

20355 Hamburg

040 / 22 600 791

<http://das-gaengeviertel.info/>

---

# Projektsteckbrief: Bauherrenmodell, Tübingen

---



## Name des Projektes:

Alte Weberei

## Ort des Projektes:

Tübingen-Lustnau

## Projektdauer:

Erwerb der Brachflächen: 2008 und 2009  
Wettbewerb und städtebauliche Planung: 2009 bis 2012  
Vermarktung: 2010 bis 2012  
Erschließung: 2011 bis 2012  
Private Bauvorhaben: 2012 bis 2014  
Fertigstellung öffentlicher Raum: 2014 bis 2015

## Projektverantwortliche:

Projektentwicklung: Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT GmbH  
Ausführung: WIT GmbH, 2 Bauträger, 22 private Baugruppen und 25 private Bauherren

## Andere relevante Akteure:

Land Baden-Württemberg und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Förderung durch: Altlastenfonds und Stadtumbau West)

## Art der Trägerschaft:

Das Areal wurde zunächst von der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT GmbH gekauft und entwickelt. Die Hochbauvorhaben werden von privaten Bauherren, Baugruppen und

Bauträgern durchgeführt, die Herstellung des öffentlichen Raums erfolgt durch die WIT und die Universitätsstadt Tübingen.

## Kurze Beschreibung des Projektes:

Bei der Entwicklung einer großen Konversionsmaßnahme (Französisches Viertel) machte die Universitätsstadt Tübingen die Erfahrung, dass in Ergänzung zu planungsrechtlichen Festsetzungen die gezielte Steuerung einer Vielfalt unterschiedlicher Nutzerinnen und Nutzer mitentscheidend ist für die städtebauliche Qualität des Quartiers – insbesondere für die Nutzungsmischung und die soziale Vielfalt. Dies setzt aber voraus, dass die Stadt oder eine städtische Tochter im Eigentum der zu entwickelnden Flächen sind. Um diese Strategie weiter anwenden zu können, gründete die Stadt eine Grundstücksentwicklungsgesellschaft unter dem Dach der Wirtschaftsförderung, die Brachen aufkauft, entwickelt und Grundstücke zur Bebauung wieder verkauft.

Mit der Alten Weberei verfolgt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT das Ziel, ein lebendiges Viertel entstehen zu lassen mit großer Vielfalt an Nutzungen, Wohn- und Gebäudekonzepten, mit der Möglichkeit, bezahlbar zu bauen und mit einer hohen Qualität der privaten und öffentlichen Freiräume.

Als wichtiges Instrument für die Erreichung dieser Ziele werden in der Alten Weberei die privaten Baugemeinschaften eingesetzt.





Art des bürgerschaftlichen Engagements:

Das gesamte Projekt wird von Anfang an von einem Runden Tisch begleitet, der sich aus dem Ortsbeirat Lustnau sowie Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammensetzt. Nachdem die künftigen Nutzerinnen und Nutzer bekannt sind und diese aus der intensivsten Planungsphase ihrer Gebäude heraus waren, wurde von der Stadt ein Forum initiiert, in dem sich die künftigen Nutzerinnen und Nutzer austauschen und das für die WIT und die Stadt Ansprechpartner für alle Themen rund um die Entwicklung des Quartiers ist.

Mehr Informationen:

Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT GmbH  
Uwe Wulfrath  
Brunnenstraße 3  
72072 Tübingen  
07071.204-2622  
uwe.wulfrath@tuebingen.de  
www.alte-weberei-lustnau.de

---

# Projektsteckbrief: Klushuizen

---

## Name des Projektes:

169 KLUSHUIZEN, from experiment to instrument

## Ort des Projektes:

Rotterdam, Niederlande

## Projektdauer:

2004 begann das Projekt 169 Klushuizen und wurde nach 2008 unter dem Namen Rotterdamse Klushuizen fortgesetzt.

Het Beukblok als Teil von 169 Klushuizen:

Entwurf und Planung: 2007

Gemeinsamer Bau (Rohbau): 2008 bis 2009

Individueller Ausbau: 2009 bis 2010

Fertig gestellt: 2010

## Projektverantwortliche:

Dachprojekt Rotterdamse Klushuizen:  
Stadt Rotterdam

Het Beukblok: Käufergesellschaft, später  
Eigentümergeinschaft Het Beukblok.

## Projektbetreiber:

Initiator Dachprojekt: Stadt Rotterdam  
Einzelprojekte: Jeweilige Eigentümer

## Andere relevante Akteure:

Beratung und Organisation der Käufer in Kollektiven:  
Urbannerdam, Rotterdam.

[www.urbannerdam.nl](http://www.urbannerdam.nl)

Architekt: Cardo architecten, Rotterdam.

[www.cardoarchitecten.nl](http://www.cardoarchitecten.nl)

## Art der Trägerschaft:

Dachprojekt Klushuizen: Stadt Rotterdam  
Die Träger der jeweiligen Einzelprojekte sind die Eigentümer, die das Grundstück und das ursprüngliche Gebäude (oder was davon übrig war) von der Stadt Rotterdam gekauft haben.

## Kurze Beschreibung des Projektes:

Klushuis bedeutet übersetzt soviel wie Bastelhaus. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein ebenso ehrgeiziges wie innovatives Programm der Stadt Rotterdam zur Sanierung baufälliger Wohnhäuser sowie zur Bekämpfung von Leerstand und sozialer Negativentwicklungen in neun sozial schwachen Quartieren der Stadt.

Die Stadt Rotterdam kauft Liegenschaften auf, die sich aufgrund ihres schlechten Zustandes negativ auf das Gesamtbild und das Sicherheitsempfinden in den Quartieren auswirken und auf dem Immobilienmarkt keine Investitionen mehr generieren können. Diese Liegenschaften werden unter Marktwert an private Bauherren bzw. Bauherrenkollektive veräußert, die sich durch ein Wettbewerbsverfahren qualifiziert haben und sich zur Erfüllung der folgenden Bedingungen verpflichten: 1) Sie müssen die Immobilie unter Einhaltung bestimmter Standards sanieren. 2) Sie müssen die Immobilie für mindestens 3 Jahre bewohnen und dürfen sie in diesem Zeitraum nicht verkaufen oder vermieten.

Die Stadt Rotterdam bietet den Bauherren Beratung bezüglich Finanzierung, Genehmigungsverfahren und baulicher Umsetzung. Nach einem erfolgreichen Start in Rotterdam wurde das Prinzip in anderen niederländischen Städten und von kommerziellen Anbietern übernommen.

Inzwischen wurden 520 Wohneinheiten und eine nicht bezifferte Zahl von Einzelhandels- und Büroeinheiten in ca. 220 Klushuizen verkauft. Die Stadt investierte hierbei ca. 30.000 Euro pro ursprüngliche Wohneinheit. Die Gegenleistung sind geräumige „urban villas“ und eine Durchmischung der armen Quartiere von Rotterdam mit Bürgern der Mittelklasse.

## Art des bürgerschaftlichen Engagements:

Das Projekt Het Beukblok führte zur Gründung der Initiative HetGroeneBlok. Als die meiste Ar-



beit innerhalb der Häuser getan war, begann man, sich des Umfeldes anzunehmen. Die Kommunikation zwischen Behörden und Nachbarschaften wird verbessert und die lokale Verwaltung mit Ideen für den öffentlichen Raum unterstützt. Viele Mitglieder von HetGroeneBlok haben einen technischen oder gestalterischen Background, analysieren das Umfeld und entwickeln eigene Ideen zur Veränderung.

Mehr Informationen:

ir. Joost Woertman, architect  
Beukelaarsstraat 74  
3074 HG Rotterdam  
joost@joostwoertman.nl  
www.joostwoertman.nl  
www.hetgroeneblok.nl  
info@hetgroeneblok.nl  
www.facebook.com/HetGroeneBlok

---

# Projektsteckbrief: Wiesenviertel

---

Name des Projektes:  
Kreativquartier.Wiesenviertel

Ort des Projektes:  
Witten Innenstadt

Projektdauer:  
Das Kreativquartier.Wiesenviertel ist ein stetig an Beteiligung wachsendes Viertel. Der Impuls für die

partizipative Quartiersentwicklung war die Eröffnung der Kulturkneipe Knut's im März 2012.

Projektverantwortliche:  
Initiatoren und Eigentümer: Stellwerk e. V.

Projektbetreiber:  
Stellwerk e. V. gemeinsam mit Anwohnern, ansässigen Geschäftsinhabern (Wiesenviertelstammtisch), Immobilienbesitzern und Viertel-externen Akteuren.

Andere relevante Akteure:  
Beratung durch: Ecce (european centre for creative economy), Wirtschaftsförderung metropole.ruhr, Wirtschaftsförderung EN  
Runder Tisch (in Planung) : Vertreter vom Wiesenviertelstammtisch, Ordnungsamt, Planungsamt, Bauordnungsamt, Wirtschaftsförderung, Kulturforum und Universität Witten/Herdecke

Kurze Beschreibung des Projektes:  
Im Oktober 2011 veranstaltete Stellwerk e. V. das Projekt „Knut's“ im Rahmen des Förderprogramms





„Jugend belebt Leerstand“, gefördert durch das Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt). Gemeinsam mit 250 Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde innerhalb von sechs Monaten ein Kulturcafé mit angeschlossener Theaterbühne aufgebaut. Mit der Eröffnung im März 2012 wird dieser Ort zur Anlauf- und Schnittstelle für Junge und Junggebliebene und zum kreativen Motor für das gesamte Quartier. Gemeinsam mit ansässigen Geschäftsinhabern wurde der Wiesenviertelstammtisch als Quartiers-internes Steuerungselement gegründet. Im Juni 2012 wurde das erste gemeinsame Wiesenviertelfest und damit die Gründung des Quartiers gefeiert. Das Wiesenviertel wurde im Oktober 2012 in die Kreativquartiere. Ruhr aufgenommen und damit weitere zahlreiche Events kofinanziert, die die Quartiersidentität bei Gästen, Anwohnern und Geschäftsinhabern weiter stärken. Mittlerweile zieht das Wiesenviertel immer mehr Viertel-externe Akteure an, die wiederum mit soziokulturellen Projekten die Anwohner einbinden. Um hier eine kritische Masse zu erreichen, ist das Stellwerk momentan dabei, eine Plattform zur Unterstützung junger Gründer aufzubauen.

Art des bürgerschaftlichen Engagements:

Das gesamte Kreativquartier.Wiesenviertel basiert auf Partizipation, Mitbestimmung und Selbst-

organisation: Ein Teil der 250 Aufbauhelfer vom Knut's wurde auf 400€-Basis in der Gastronomie angestellt und bestimmt seitdem Angebot und Preis. Die restlichen Helfer teilten sich in Interessengruppen auf und gestalten selbstorganisiert das gesamte kulturelle Programm. Darüber hinaus stehen sie gemeinsam mit dem Stellwerk Viertel-externen Akteuren als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Wiesenviertelstammtisch bündelt die Quartiers-internen Angelegenheiten und dient zu dessen Abstimmung und Steuerung. Darüber hinaus ist ein Runder Tisch in Planung, der wiederum die Quartiers-internen Angelegenheiten in die kommunale Ebene trägt. Das Stellwerk fungiert als Träger des Knut's, wenn nötig als Veranstalter, koordiniert zwischen allen Beteiligten und kümmert sich um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Mehr Informationen:

Stellwerk e. V. (vertr. durch Philip Asshauer)  
 Ruhrstraße 39  
 58452 Witten  
 0176/ 66 866 756  
[philip.asshauer@studiostellwerk.de](mailto:philip.asshauer@studiostellwerk.de)  
[www.studiostellwerk.de](http://www.studiostellwerk.de)  
[www.wiesenviertel.de](http://www.wiesenviertel.de)  
[www.knuts-witten.de](http://www.knuts-witten.de)  
[www.studiostellwerk.de/raum](http://www.studiostellwerk.de/raum)

---

# Projektsteckbrief: Wir lassen die Kirche im Dorf

---



## Name des Projektes:

Begegnungszentrum Deusen „Wir lassen die Kirche im Dorf“ – e. V.

## Ort des Projektes:

Dortmund-Deusen

## Projektdauer:

Projektentwicklung/-qualifizierung: 2003 bis 2005  
Bauliche (Kern-) Realisierungszeit: 2006 bis 2013  
Betriebseinstieg: 2006, während der Umbauarbeiten

## Projektverantwortliche:

Initiatoren: Mitglieder der örtlichen Siedlergemeinschaft

## Projektbetreiber:

Projektbetreiber und Eigentümer: Förderverein / Vorstand / Vereinsgründer / Vereinsmitglieder

## Andere relevante Akteure:

Beratung durch: Stadt Dortmund. Planungsdezernent Ullrich Sierau hat 2005 eine Lenkungsgruppe zusammengestellt. Stadtplaner und Verwaltungsangestellte leisteten Hilfe bei entsprechenden Vorgängen.

Management: „Initiative ergreifen“/startklar.projekt.kommunikation, Dortmund

## Art der Trägerschaft:

Das Gebäude wurde von der evangelischen Kirchenverwaltung gekauft. Das Grundstück wurde vertraglich in Erbpacht erworben. Eigentümer und Bauherr ist der Förderverein.

## Kurze Beschreibung des Projektes:

Der Dortmunder Ortsteil Deusen ist innerhalb des Stadtbezirkes Huckarde wie eine Insel in Industrielandschaft, Emscher und Kanalzone sowie offene Landschaft eingebettet. Grundversorgungsgeschäfte, Gastronomiebetreiber, Post, Bank und andere Versorgungen und somit wichtige Kommunikationsmöglichkeiten fehlen.

Um diese Lücke zu schließen, planten die Deusener seit vielen Jahren ein Begegnungszentrum. Als die evangelische Gustaf-Adolf-Kirche 2004 aufgegeben werden sollte, bot sich die Möglichkeit, das Gebäude als sozialen Mittelpunkt umzubauen und zu erhalten.

Konzept: Erhalt der evangelischen Kirche als Begegnungszentrum mit angebaute Stadtteil- und Ausflugsgastronomie inkl. Biergarten und separatem Jugendhaus. Erhalt des Kirchengebäudes als religiösen Mittelpunkt. Die Kirche wurde nicht entwidmet, ein bisher einmaliges Projekt in Deutschland. Stätte der Zusammenarbeit von engagierten Vereinen und Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Deusen Veranstaltungsort für Kulturevents, Theaterveranstaltungen, Ausstellungen, Seminare, Vereins- und Familienfeiern



**Art des bürgerschaftlichen Engagements:**

Mitglieder des Fördervereins betreiben das Gebäude in erster Linie zur Nutzung gemeinnütziger Zwecke. Die Deusenkirche vermietet alle Räume an erwerbswirtschaftliche Unternehmen zu Marktpreisen, an die kulturellen und sozialen Vereine zu Preisen weit unter dem Marktwert und stellt Gemeinschaftsflächen für Schulungen, Praktika etc. zur Verfügung. Die Deusenkirche kann so durch ein einfaches Projektmanagement Spielräume für die Durchführung von kulturellen und sozialen Veranstaltungen schaffen.

**Mehr Informationen:**

Deusenkirche  
Deusener Straße 215  
44369 Dortmund  
deusenkirche@dokom.net  
www.deusenkirche.de  
Ulrich Küpper  
Kuepper.ulrich@onlinehome.de  
0173 74 65 016

---

# Diskussion

---

Tim Rieniets, StadtBauKultur NRW Ich freue mich, dass hier so viele unterschiedliche Projekte beisammen sitzen. Was diese Projekte vereint und auch ein bisschen von der Vormittagsdiskussion absetzt: Hier geht es um Initiativen, die nicht auf ein Verfahren gewartet haben, in das sie eingebunden werden könnten, sondern bei denen die Eigeninitiative am Anfang stand.

Ich möchte nun mit Ihnen diskutieren, ob und wie sich solche Initiativen überhaupt von einer Institution wie der Landesinitiative begleiten, fördern und stützen lassen. Diese Frage möchte ich ebenso gerne noch mit dem Publikum diskutieren, weil wir auch einige Gäste aus Kommunen hier haben, die ihre eigene Sicht auf die Dinge mitbringen.

Zunächst eine Frage anknüpfend an die Diskussion vom Vormittag: Dort wurde mehrfach behauptet, der Bevölkerung mangle es an baukultureller Sensibilität. Herr Wulfrath, könnte man mit dem Tübinger Bauherrenmodell nicht den Anspruch formulieren, auch mit Baugruppen eine hohe Gestaltqualität zu erreichen?

Uwe Wulfrath, Stadt Tübingen Das kann man natürlich machen, aber die Frage ist, was man möchte. In Tübingen möchten wir das Thema der Beteiligung an der Stadtentwicklung nicht überfrachten. Die Baugruppen sind ja keine „eierlegenden Wollmilchsäue“, sondern können bestimmte Dinge ganz gut und andere Dinge nicht. In unseren Quartieren gibt es Baugruppen, die deswegen den Zuschlag bekommen haben,

weil die Architektur wirklich richtig gut ist. Aber es gibt auch eine Baugruppe, die den Zuschlag bekommen hat, weil eine Gruppe älterer Damen und Herren, die früher als Studenten in einer WG zusammen gewohnt haben, jetzt im Alter wieder zusammen wohnen will. Die haben sich beworben, als sie noch nicht einmal einen Architekten hatten. Man konnte also noch nicht abschätzen, ob das eine gute oder eine schlechte Architektur werden wird. Leider haben die sich keinen besonders guten Architekten ausgesucht. Der soziale Hintergrund des Projekts ist aber trotzdem gut und deswegen tolerieren wir das.

Ich versuche als Architekt natürlich, Anregungen und Vorschläge zu machen und die Fassaden noch ein bisschen zu beeinflussen. Es gibt in unserem Quartier auch zwei wichtige, städtebaulich prägende Gebäude, die durch den Tübinger Gestaltungsbeirat gegangen sind. Wir verstehen den Gestaltungsbeirat allerdings nicht als Reparaturbetrieb für missglückte Architektur, sondern als Diskussionsforum für Architektur an städtebaulich prägnanten Stellen.

**„Baugruppen sind keine eierlegenden Wollmilchsäue, sondern können bestimmte Dinge gut und andere Dinge nicht.“**

Ines-Ulrike Rudolph, Tempelhofer Freiheit Berlin Projekte, wie auf dem Tempelhofer Feld, sehen auch manchmal ziemlich chaotisch aus, wenn da z. B. nur Beete aus Recyclingmaterial sichtbar sind. Aber das macht trotzdem Raum und ist trotzdem Architektur, obwohl es viele nicht als solche erkennen und wertschätzen würden. Das Thema Architektur und Qualität ist darum sehr wichtig, weil man ein anderes Qualitätsverständnis entwickeln muss.

Tim Rieniets Herr Asshauer, Sie sind Sozialpädagoge und sind – learning by doing – zu einem Experten in der Quartiersentwicklung geworden. Sie wissen jetzt, wie man mit der Kommune verhandelt, wie man Anträge stellt, um Fördergelder zu bekommen etc. Wie kommt jemand wie Sie eigentlich an dieses Know-how?





Philip Asshauer, Wiesenviertel Witten Ich habe vorher in einem Kulturzentrum den Jugendtreff aufgebaut und geleitet. Da gab es die Motivation, Kultur in den öffentlichen Raum zu bringen, und so ist unser Kreis an Freiberuflern überhaupt erst entstanden. Das Ziel ist dabei, Räume an der Schnittstelle zwischen Kultur, Stadtentwicklung und Wirtschaft zu schaffen. Diese Motivation ist bis heute Motor, mich mit sämtlichen Leuten zu unterhalten und mir über diese Kommunikation das Wissen anzueignen, das ich dafür brauche.

Tim Rieniets Ihr Projekt ist ja ein heute so genanntes „Kreativquartier“ – und gerade das kreative Milieu hat mitunter gewisse Berührungspunkte mit Institutionen. Da verzichtet man manchmal lieber auf ein paar Ratschläge oder auf ein paar Euro und behält dafür seine Unabhängigkeit. Wenn jetzt eine Institution wie die Landesinitiative diesen Leuten Know-how anbieten würde, würden die das annehmen?

Philip Asshauer Das würde ich im konkreten Fall Ihrer Initiative dankend annehmen. Ich bin allerdings immer sehr vorsichtig mit Institutionen, die ihre Hilfe anbieten, weil uns manche auch gerne als Trittbrett benutzen.

Prof. Dr. Rolf Heyer, NRW Urban Ich hatte das Glück, in der Jury des Projektwettbewerbs „Neue Nachbarschaften“ der Montag Stiftung Urbane Räume zu sein. Da haben sich 720 Initiativen beworben und wir haben 22 Preise vergeben. Bei vielen dieser Projekte wurde auf die Frage „Was wollt Ihr denn haben?“ geantwortet: „Beratung! Wie gründet man einen Verein? Was muss man bei einer Genossenschaftsgründung beachten? Wo finden wir eine Kontaktperson für Öffentlichkeitsarbeit? Welche Fördertöpfe gibt es überhaupt und wer kann mir helfen, dass ich für ein kleines Projekt einen Überbrückungskredit bei der Bank bekomme?“ Wir haben als Jury bei der Preisverleihung zum Schluss gesagt: „Ihr 22 Preisträger kriegt alle einen Reisegutschein, damit ihr zu Projekten hinfahren und euch die anschauen könnt.“ Dafür haben wir weniger Preise vergeben. Eine Möglichkeit der Landesinitiative ist also, Kontakte zu schaffen, wie sich diese Initiativen beraten und begegnen können.

Alexander Follmann, Gemeinschaftsgärten „Kölner NeuLand“ Wir würden uns ebenfalls sehr über Betreuung und Beratung freuen. Wir haben zwar eine Förderung für drei Jahre über den Kölner Klimakreis, aber wir müssen jetzt einen Businessplan erstellen, um 20.000 Euro für eine Bürgerschaft

---

an das Land aufzubringen, damit wir die Fläche weiterhin benutzen dürfen. Da hilft uns keiner und da hilft uns auch eine Förderung vom Klimakreis nicht. Über solche Beratungsmöglichkeiten würden sich Projekte wie Kölner NeuLand zum Beispiel viel mehr freuen, als wenn man überall erwähnt und gefeiert wird.

**„Besonders wichtig ist, auf der politischen Ebene und bei der Verwaltung darauf hinzuwirken, dass ausreichend Zeit gegeben wird, um sich alternativen Ansätzen zu widmen.“**

Jörg Beste, Architekturforum Rheinland Ich finde den Hinweis zur Vernetzung von Projekten untereinander, auf der Graswurzelebene, gut. Aber der Vermittlungscharakter einer Landesinitiative könnte auch wirksam sein in Richtung kommunale Politik. Es gibt engagierte Verwaltungen, die manche Dinge gerne umsetzen würden, die haben dann aber mitunter Politiker im Nacken, die nicht gerade gut mit solchen wuseligen, komischen Projekten klarkommen. Die auch noch nicht erkennen, dass daraus eine Qualität für ihre Stadt entstehen kann. Da ist auch einiges an Vermittlungsarbeit möglich, was aber nicht in Form einer Broschüre sein sollte, sondern da ist tatsächlich die Vor-Ort-Vernetzung mit den Leuten sinnvoll, um die Risikobereitschaft ein bisschen zu stärken, solche Projekte in der eigenen Stadt auch einmal auszuprobieren.

Tim Rieniets Herr Ziehl, Ihr Projekt ist ja aus einer Opposition gegenüber der Stadtentwicklung in Hamburg heraus entstanden. Da hat man wahrscheinlich noch mal ein anderes Verhältnis zu öffentlichen Institutionen. Welche Erfahrungen haben Sie da gemacht?

Michael Ziehl, Gängeviertel Hamburg Ich kann mich da Philip Asshauer anschließen: Man muss immer sehr vorsichtig sein mit Hilfe, die einem

angeboten wird. Diese ganze Kreativdebatte, die wir ja schon seit Jahren erleben, ist eigentlich überhaupt nicht förderlich gewesen. Ich rede lieber konkret über das Hamburger Gängeviertel und über das Engagement von Bürgern für ihre Stadt. Das ist viel weniger elitär und bietet viel mehr Möglichkeiten.

Eure Aufgabe in den nächsten Jahren sollte auch sein, genau da den Diskurs hinzuzuführen: Wenn Leute in ihrer Stadt aktiv werden oder sich Räume aneignen, ist das auch ein Beitrag zur Stadtbaukultur. Man muss diesen Begriff entsprechend auf den Prozess ausweiten und sich nicht ausschließlich auf das Resultat fokussieren. Natürlich freue ich mich als studierter Architekt auch über gute Architektur, aber Stadtbaukultur umfasst für mich auch den Entstehungsprozess. Kriterien wären hierbei beispielsweise, inwiefern sich Bürgerbeteiligung im Ergebnis widerspiegelt, inwiefern ist das Resultat auch nutzbar, inwiefern ist es ein nachhaltiger Beitrag zur Stadtentwicklung, inwiefern ist es auch umnützlich.

Es wäre schon ein großer Beitrag, wenn ihr es schafft, euch auch dafür einzusetzen, dieses Machtgefälle zwischen Initiativen und den etablierten Playern der Stadtentwicklung ein bisschen aufzubrechen. Wenn man sich hier einbringen möchte, muss man tatsächlich Mutbürger statt Wutbürger sein, denn man muss schon mutig sein, sich mit viel Engagement auf diese oft langfristigen Prozesse einzulassen und dabeizubleiben. Da unterstützend zu wirken muss ja nicht bedeuten, dass man den Leuten ein Gehalt dafür zahlt, dass sie sich einbringen. Da hilft schon oft mehr Planungssicherheit, also dass man zum Beispiel sagt: Wir akzeptieren, dass ihr hier auf eure Weise aktiv seid. Besonders wichtig ist, auf der politischen Ebene und bei der Verwaltung darauf hinzuwirken, dass ausreichend Zeit gegeben wird, um sich alternativen Ansätzen zu widmen.

Tim Rieniets Bei einigen der anwesenden Projekte ist auch die Verwaltung mit einer Initiative in ein Stadtplanungsverfahren gegangen. Ist das Projekt „Alte Weberei“ in Tübingen nicht eine Initiative der Kommune gewesen und nicht von einzelnen Baugruppen?

„Wenn Leute in ihrer Stadt aktiv werden oder sich Räume aneignen, ist das auch ein Beitrag zur Stadtbaukultur.“

„Angesichts zunehmend leerer kommunaler Kassen bleibt den Städten gar nichts anderes übrig, als diesen Ressourcen Raum einzuräumen – Raum im physischen Sinn, aber auch im immateriellen Sinn, um diese Ressourcen zu aktivieren.“



Uwe Wulfrath Es ist eher eine gemeinschaftliche Initiative gewesen. Die Tübinger Baugruppenprojekte sind in den 90er-Jahren im Französischen Viertel entstanden. Das ist ein sehr großes ehemaliges Kasernenareal, wo eine parallele Entwicklung von Bauträgern und Baugruppen stattfand. Dort haben sich die Baugruppen mit langem Atem sehr gut dargestellt und die Verwaltung hat nachher festgestellt, dass sie mit den Baugruppen besser zum Ziel kommen und dass sie etwas bieten, was ein Bauträger nicht bieten kann.

Joost Woertman, Klushuizen, Rotterdam Beim Rotterdamer Klushuizen-Konzept ist es ähnlich: Die Stadt stellt einen Projektrahmen zur Verfügung, damit einzelne Initiativen in der Stadt tätig werden können. Jedes Klushuis in der Stadt ist dabei ein eigenes kleines Projekt. Wir haben z. B. eine kleine Projektgruppe mit sechs Häusern gehabt. Wir waren also eine Art Baugruppe an einem Ort in der Stadt und wir mussten selber initiativ werden. Aber wir wurden von der Kommune mit Experten unterstützt, die uns helfen konnten: Für die Planung standen uns ein Coach und ein Architekt zur Verfügung, deren Fachwissen wir gemeinsam nutzen konnten.

So einen Projektrahmen muss die Kommune entwickeln und bereitstellen, das kann man nicht kleinen Initiativen überlassen. Erst dann kann man den einzelnen Initiativen die Chance geben, mit dieser Hilfe an ihrem Platz in der Stadt zu starten.

Tim Rieniets Herr Rommelfanger, ist so etwas auch in Gelsenkirchen denkbar?

Stefan Rommelfanger, Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung Wir haben natürlich auch viele Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement gemacht, mit Projekten, die von Initiativen, von Vereinen, von Jugendlichen entwickelt wurden. Das Baugruppenthema ist allerdings in einer Stadt wie Gelsenkirchen sehr schwierig. Wir haben einmal als Stadtverwaltung versucht, selber eine Baugruppe zu initiieren. Hier gibt es aber nur sehr wenige Leute, die sich Eigentum leisten und in einer Gruppe wohnen wollen. In anderen Städten im Ruhrgebiet, beispielsweise in Dortmund, gibt es allerdings sehr viele Baugruppen.

Es gibt in Gelsenkirchen Quartiere, wo die immobilienwirtschaftliche Situation so schlecht ist, dass wir sehr viele Möglichkeiten hätten, so etwas wie die Rotterdamer Klushuizen zu machen. Eine Entwicklungsgesellschaft verfügt über entsprechende Gebäude, die man auch an Baugruppen oder ähnliche Akteure für kleines Geld weitergeben könnte, um sie selbst herzurichten. Das wollen wir auch einmal versuchen. Aber es ist wichtig, solche Initiativen zu bündeln, denn einzelne Initiativen reichen nicht aus, um Stadtteilentwicklung voran zu bringen. Man muss versuchen, zusammen mit den öffentlichen Initiativen und den öffentlichen Initialprojekten in einem Stadtteil möglichst viele Initiativen zu unterstützen, damit dadurch irgendwann eine gemeinsame Dynamik für die Stadtteilentwicklung entsteht.

Carola Scholz, MBWSV NRW Bei dem Projekt Hamburger Gängeviertel wurde sehr intensiv auf die „Nicht-Augenhöhe“ der Initiative und der öffentlichen Stadtplanung hingewiesen. Ich würde gerne von den anderen Projekten wissen, wie ihre Kooperation mit den relevanten Verwaltungsstellen funktioniert, wie kooperativ Stadt und Stadtverwaltung sind.

Julian Petrin, Nexthamburg Wir sind seit 2010 Partner der Stadt und haben darauf auch sehr viel Wert gelegt. Unsere Aktivitäten machen nur Sinn, wenn es einen Echoraum oder einen Ort gibt, wo die Dinge, die bei uns entstehen, auch landen können.

Zu Anfang gab es eine Situation in Hamburg, in der die Stadt das Gefühl hatte, sie müsse

sich den zivilgesellschaftlichen Akteuren mehr öffnen. Diese damals versprochene Offenheit wurde bisher nicht eingelöst, das muss ich ganz klar sagen. Das hat unter anderem mit wechselnden Prioritäten der Stadt zu tun. Zunächst hatten wir einen schwarz-grünen Senat und eine grüne Stadtentwicklungssenatorin. Die hatte das Thema ganz oben auf der Agenda, war sehr offen und glaubte auch, etwas aus den Projekten lernen zu können. Jetzt haben wir einen roten Senat, der mit einer recht paternalistischen Haltung an die Stadtentwicklung herangeht. Nun steht auf der Agenda, in Hamburg 6.000 neue Wohnungen im Jahr zu bauen. Und dabei kann man, so ein O-Ton, auch nicht auf jede Initiative Rücksicht nehmen.

Insofern hängt das Verhältnis sehr stark von der aktuellen politischen Agenda ab. Außerdem ist „die Stadt“ nicht die Stadt, denn da passieren ganz viele Entwicklungen parallel. Insofern ist die Verwaltung ein schwieriger Akteur und die Conclusio ist, dass wir unsere Partner eher außerhalb der Verwaltung bei anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren suchen müssen. Wir kooperieren beispielsweise viel mit Stiftungen, wir arbeiten gut mit Hamburg Marketing und wir arbeiten eher mit der Politik zusammen als mit der Verwaltung. Manchmal frage ich mich, ob die Verwaltung von ihrem Aufbau und von ihrer historischen Aufgabe her nicht auch überfordert ist, mit diesen neuen fluiden Formen von Stadtentwicklung umzugehen.

Das ist gar kein Vorwurf, sondern es ist einfach eine Strukturfrage.

**„Einzelne Initiativen reichen nicht aus, um Stadtteilentwicklung voran zu bringen. Man muss versuchen, zusammen mit den öffentlichen Initiativen und Initialprojekten in einem Stadtteil möglichst viele Initiativen zu unterstützen, damit eine gemeinsame Dynamik für die Stadtteilentwicklung entsteht.“**

Jörg Karpowitz, Wir lassen die Kirche im Dorf, Dortmund Ich kann das für unser kleines Projekt in Dortmund so nicht sagen. Die Stadtverwaltung war super aufgestellt, super organisiert und hat uns von Anfang an super unterstützt. Das hat wirklich hervorragend geklappt. Die haben einen Lenkungskreis eingeführt, der mit Projektmeilensteinen transparent vorgegangen ist. Die Verwaltung hat uns immer zur Seite gestanden und das Projekt ist auch deshalb erfolgreich gewesen, weil die Stadt für uns bürgen musste. Die haben sich gesagt: Wenn diese kleine Gruppe



nicht mehr weitermacht, dann muss die Stadt das Projekt weiterführen. Deshalb investieren wir in die Köpfe und glauben denen, dass die das auch umsetzen bis zum bitteren Ende. Ich kann aus Dortmunder Sicht nur sagen, die Verwaltung hat gut mitgespielt.

Tim Rieniets Gerade solche Projekte, die aus Eigeninitiative gestartet sind, sind meistens hochgradig individuell, ortsgebunden und auch häufig sehr stark personengebunden. Das hat natürlich einen Einfluss darauf, wenn sich eine Institution wie die Landesinitiative einbringen will. Herr Boll, wie kann man mit dieser Individualität, Ortsgebundenheit, Personengebundenheit eigentlich umgehen?

Joachim Boll, Initiative ergreifen, Dortmund Indem man auf diese Projekte und die Spezifika eingeht und sie jeweils als Unikat sieht. Man kann Erfahrungen einbringen, die man an anderen Stellen gemacht hat, man kann Tipps geben, man kann Hinweise geben. Ein Rezeptbuch gibt es dafür aber nicht.

**„Ist die Verwaltung von ihrem Aufbau und ihrer historischen Aufgabe her nicht überfordert, mit diesen neuen fluiden Formen von Stadtentwicklung umzugehen?“**

Ines-Ulrike Rudolph Diese Projekte und Initiativen müssen sich individuell aus dem Ort heraus entwickeln. Sie müssen von selber kommen, wie in einem Projektauftrag, oder man muss sie aufspüren und zusammenzutragen. Diese Projekte bergen die Chance in sich, wirklich ganz einzigartige und lokalspezifische Qualitäten herauszuarbeiten. In einem Fall ist es eine Baugruppe, im anderen Fall sind es gärtnerische Projekte usw. Diesen Findungsprozess muss man aushalten können. Für Leute, die mit konventionellen Planungsverfahren vertraut sind, ist es ziemlich gewöhnungsbedürftig, wenn man Initiativen einfach entstehen lässt.

Carola Scholz Bevor wir nur die Projektebene betrachten, sollte man vor allem auch den Mehrwert für die Stadtentwicklung und die jeweilige Umgebung betrachten. Zum Beispiel beim Hamburger Gängeviertel ist wichtig, dass das dort der letzte Teil der alten Stadtstruktur ist. Das hat einen Wert und ihr Erhalt ist ein Mehrwert für die Gesamtstadt, das ist Stadtbaukultur. So wertvoll jedes Projekt für sich ist, aber wir sollten immer den Mehrwert für die Stadt betrachten und betonen. Das ist Stadtbaukultur und das ist auch etwas, was diese Initiativen eigentlich voranbringen sollen.

Michael Ziehl Ich möchte nochmal darauf hinweisen, wie wichtig diese Projekte für die Stadtentwicklung als Ganzes sind. Beim Gängeviertel, und das gilt auch für eine Vielzahl anderer Projekte, ist es zum Beispiel die Verbindung von Wohnen und Arbeiten, mit der sich besonders die Stadtplanung sehr schwer tut, was aber gerade in großen Städten zunehmend nachgefragt wird. Das gilt aber auch für Subsistenzleistungen aller Art, Selbstverwaltung, Organisation in Gemeinschaften, die Netzwerkbildung, usw. Das hilft bei der Integration von Randgruppen, das stärkt den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und gerade angesichts zunehmend leerer kommunaler Kassen bleibt den Städten gar nichts anderes übrig, als diesen Ressourcen Raum einzuräumen – Raum im physischen Sinn, aber auch im immateriellen Sinn, um diese Ressourcen zu aktivieren. Das würde wirklich einen kulturellen Wandel voraussetzen, die Leute selber machen zu lassen und sie zu unterstützen, wo es geht. Das ist ein Ansatzpunkt auch für die Landesinitiative, an dem ihr arbeiten solltet.

---

# Und jetzt? – Ideen und Anregungen für die StadtBauKultur NRW

HENRY BEIERLORZER, WITTEN;  
JOACHIM BOLL, DORTMUND

---

Tim Rieniets Wir freuen uns, dass wir Joachim Boll und Henry Beierlorzer als externe Beobachter dieses Workshops gewinnen konnten. Die beiden sind in verschiedener Weise auf dem Gebiet der Stadtbaukultur beruflich erfahren und werden uns jetzt ihre Sicht auf diesen Workshop, seine Inhalte und vor allem ein paar Ideen, Anregungen und Ausblicke geben.

Henry Beierlorzer Der Initiative StadtBauKultur geht es darum, wie sie eigentlich in den nächs-

ten fünf Jahren programmatisch mit ihrer Arbeit vorgehen will, und das heutige Thema „Baukultur und Bürgerschaft“ ist dabei, neben noch drei anderen Schwerpunktbereichen, eins der gesetzten Themen. Wir haben im ersten inhaltlichen Block die Bandbreite gesehen, die das Thema implizieren kann. Das kann somit alles und nichts sein und als kleine Landesinitiative würde man hoffnungslos ertrinken, wenn man sich um alles kümmern wollte. Deswegen wird es nötig sein, sich auf ein paar Punkte zu fokussieren. Wir haben uns dazu

WERKSTATTBERICHT







Gedanken gemacht, welche Punkte dies sein können, von denen wir glauben, dass sie Substanz, Handlungsbedarf und Innovationsgehalt haben, um sie gerade hier in Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren zu bearbeiten. Wir sind dabei zu sechs Ratschlägen gekommen.

**„Beteiligung bedeutet nicht nur informieren, kommunizieren und ein Ja oder Nein einholen, sondern Bürger aktivieren und zu Bauherren oder Gestaltern ihrer Stadt werden lassen.“**

Joachim Boll Ein erster Ratschlag ist eher ein ausgrenzender: Man würde sich als kleine Landesinitiative verkämpfen, wenn man sich als Vermittler in Großprojekte und Großdebatten einbringen würde. Hinter dem Stichwort „Wutbürger“ stecken vor allem auch gesellschaftliche und politische Konflikte. Es geht also oft gar nicht um Stadtplanung, Städtebau und Architektur. Das sind nur Manifestationen, an denen sich Dinge festmachen, die in der Gesellschaft insgesamt eine Debatte erzeugen.

Insofern ist ein Ratschlag, auch Dinge auszugrenzen, um sich nicht in eine Vermittlungsarbeit in Großprojekten hineinziehen zu lassen. Man

müsste dann wahrscheinlich in nur eine Debatte alle Kraft einbringen. Damit wäre eine Landesinitiative überfordert und das kann nicht der Sinn der Initiative StadtBauKultur sein. Insofern grenzen wir vieles von dem aus, was heute über den Tag auch diskutiert worden ist.

Henry Beierlorzer Der zweite Hinweis: Man tut gut daran, bei der Auseinandersetzung mit der Bürgerschaft nicht zuallererst die Gestaltfrage zu diskutieren, auch wenn man eine Landesinitiative StadtBauKultur ist, in der Baukultur im Mittelpunkt steht und in der Architektenschaft eine Rolle spielt. Die Diskussions- und die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger leitet sich in der Regel nicht aus einer Gestaltfrage, sondern eher aus einer Programmfrage ab. Da geht es oft um innovative Nutzungskonzepte und um Inhalte von Bauvorhaben. Das ist das Feld, auf dem man sich auch mit der Landesinitiative stärker bewegen sollte bei der Suche nach guten Projektimpulsen, guten Inhalten, guten Nutzungsbausteinen, innovativen Konzepten. Projekte, bei denen unterschiedliche Akteure zusammengeführt werden, aus denen heraus ein Mehrwert für Stadtquartiere, für Stadtentwicklung generiert wird, in denen soziale und ökologische oder technologische und ökonomische Aspekte zusammengedacht werden. Das ist ein zentraler Punkt, den man in der Auseinander-



dersetzung mit der Bürgerschaft an den Anfang stellen müsste. Die gute Stadtgestalt, das gute städtebauliche Konzept, die gute Architektur entwickelt sich immer aus einem guten Programm. Die richtigen Anforderungen an das Programm zu stellen, sollte in den Mittelpunkt rücken.

Joachim Boll Und für ein gutes Programm muss davor auch ein guter Dialog geführt werden. Als weiteren Ratschlag also: Beteiligung bedeutet immer: an Planungen von jemand anderem. Diese Debatten sind mir sehr vertraut aus den 80er- und 90er-Jahren, mit allen Instrumenten, die damals diskutiert worden sind. Was damals bereits als Instrumentenkoffer für Kommunikation und Beteiligung breit diskutiert worden ist, sollte noch mal zusammengefasst und mit der heutigen, ungeheuer bunten Praxis in Beziehung gesetzt werden. Daraus sollten Schlussfolgerungen gezogen werden, was man jetzt und heute machen kann, was sich bewährt hat und wo man vor dem Hintergrund heutiger Fragestellungen ein Stück weiterkommen kann. Es ist im Rahmen einer Landesini-

tiative sinnvoll, wieder aufzufrischen, was es alles schon gibt, und dann den Akteuren vor Ort als kleinen Instrumentenkoffer an die Hand zu geben.

Henry Beierlorzer Heute Nachmittag gab es einen thematischen Schwerpunkt, den man „Bürgerschaften und Baukultur“ überschreiben könnte. Dabei geht es darum, Zivil- und Bürgergesellschaft zum Bauherrn zu machen. Wie Bürgerschaft als Akteur gewonnen werden kann, endogene Potenziale zu heben und zu nutzen. Beteiligung bedeutet nicht nur informieren, kommunizieren und ein Ja oder Nein einholen, sondern Bürger aktivieren und zu Bauherren oder Gestaltern ihrer Stadt werden lassen.

„Stadt selbst machen“ könnte eine programmatische Überschrift für so eine strukturierte Arbeit der StadtBauKultur-Initiative sein: Gute Beispiele dafür suchen, wie Projekte funktionieren können und welche Instrumente Kommunen in ihrer Planung haben, Bürgerschaft stärker zu aktivieren. Wie eine Kommune planerisch-administrativ und bei der Ermutigung und Befähigung von

Bürgern als Teil von Stadtentwicklung selber aktiv werden kann, ist eine Fragestellung, die sich lohnt, systematischer verfolgt zu werden.

Joachim Boll Auch ein Thema für die Landesinitiative wäre die Frage, wie neue Zielgruppen in der Stadterneuerung oder neue Benutzergruppen von Stadt in Projekten engagiert werden können. Wir nennen das die „next generation“, was eine jüngere Generation von Menschen in den Städten meint. Wo liegt heutzutage deren Interesse an Stadt? Wir treffen auf sehr viele Initiativen von bereits politisch Aktiven, die eher klassisch organisiert sind. Aber uns geht zum Thema Stadt offensichtlich eine Generation verloren, die deutlich jünger ist. Nexthamburg ist ein Beispiel, wo ganz viele Gruppen in der Stadt unterwegs sind, die aber schwer zu greifen sind.

Ein Ansatz für die Landesinitiative könnte zum Beispiel sein, einen Suchprozess zu organisieren, der Zielgruppen oder Bevölkerungsgruppen in den Städten sucht, die sich in anderen Formen engagieren wollen und die wir bisher noch gar nicht wahrgenommen haben. Im Ruhrgebiet gab es zum Beispiel schon immer „Grabeland“. Mit „Urban Gardening“ gewinnt man nun neue Zielgruppen in der Stadt, die eben nicht die Grabelandnutzer sind. Also nicht das Grabeland zu nutzen ist die Aufgabe, sondern neue Zielgruppen dafür zu aktivieren, sich in der Zukunft der nächsten 10, 20 Jahre für die Stadt zu engagieren.

**„Die gute Stadtgestalt, das gute städtebauliche Konzept, die gute Architektur entwickelt sich immer aus einem guten Programm. Die richtigen Anforderungen an das Programm zu stellen sollte in den Mittelpunkt rücken.“**

Henry Beierlorzer Zuletzt ein eher methodischer Hinweis: Eigentlich haben wir im ganzen Land sehr viele kleine, manchmal bescheidene, manchmal größere und komplexe Ansätze, nicht nur in

großen urbanen Räumen. Die muss man einmal ausgraben und aufspüren. Das wäre eine erste Aufgabe: Einen Recherche- und Dokumentationsprozess zu diesem Themenfeld zu starten, um die vielen guten Beispiele zu finden und im ersten Schritt einmal gut zu dokumentieren.

Der nächste Schritt wäre dann, solche Projekte zusammenzuführen. Das kann man in Tagungen und Kongressen tun, das kann man auch auf der Ebene von Auszeichnungen tun. Wie auch immer, man bringt die Akteure zusammen und baut mit einer systematischen Arbeit über vielleicht fünf Jahre so etwas wie eine „Community“ von Initiativen auf, die in vergleichbaren Projekten arbeiten. Die fühlen sich so in ihrer Arbeit bestätigt, können sich mit Kollegen austauschen und daraus kann dann ein Beraternetzwerk für Erfahrungsaustausch entstehen.

Mit dem Ministerium zusammen kann man daran die Frage anknüpfen, über welche Wege man mehr von solchen Projekten aktivieren könnte. Das können Wettbewerbe oder Projektschreibungen sein, das können unterschiedliche Anreize für Initiativen sein, die auf der Vorstufe zum Projekt stehen. Dabei muss man darüber nachdenken, wie das organisiert werden kann, ohne dass man leere Versprechungen macht. Deswegen muss das auch mit dem Ministerium diskutiert werden, was das „mehr“ in praktischer Konsequenz bedeutet.

Von der Systematik einer guten Dokumentation über den Aufbau eines Netzwerks bis zur Vergrößerung der Community und einer Qualifikation von Projekten über ein Beratungsnetzwerk wäre das eine gute Aufgabe für die StadtBauKultur-Initiative mit dem Ministerium im Rücken.

---

# Anhang

## KURZBIOGRAPHIEN DER BETEILIGTEN

---

Philip Asshauer (\*1979) lebt in Witten. An sein Studium der Kunstpädagogik am Institut für Waldorf-Pädagogik, Witten, schloss sich eine Tätigkeit als freier Dozent im Bereich der Jugendkultur an. Darüber hinaus gründete und leitete er das Jugendcafé Treff°Werk°Stadt in Witten. Seit 2010 ist er Geschäftsführer des Stellwerk e. V. Seine Motivation liegt im Aufbau von Räumen an der Schnittstelle zwischen Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung. Der Aufbau eines möglichst breiten Netzwerkes zu Akteuren aus diesen Bereichen ist daher die Grundlage seiner Arbeit.

Henry Beierlorzer (\*1959) studierte Stadtplanung an der RWTH Aachen. Er war Geschäftsführer der LEG Wohnen in Brandenburg, der Regionale 2006 Agentur GmbH und der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH, nachdem er im Büro für Stadtplanung & Stadtforschung bei Peter Zlonicky und Kunibert Wachten und bei der Internationalen Bauausstellung Emscher Park u. a. für Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsprojekte zuständig war. Seine Projektentwicklungen zum Wohnen und Arbeiten begleitet seit 2012 die Gastprofessur an der Universität Kassel „Stadtentwicklung/ Stadtmanagement“ mit Seminar und Projekten zum Themenschwerpunkt „Neues Wohnen für alte Städte – Impulse für die Innenstadtentwicklung“.

Hans-Jürgen Best (\*1954) studierte Raumplanung in Dortmund. Im Anschluss war er im Referendariat Städtebau und im Kommunaldienst in Essen tätig. Es folgte eine zehnjährige Tätigkeit für das

Planungsamt Essen. Zunächst war er mit genereller Planung beschäftigt, zuletzt als Abteilungsleiter Bauleitplanung angestellt. Daraufhin war er als Planungsdezernent der Stadt Oberhausen u. a. für die Projekte Centro, Gasometer und Wiedereinführung der Straßenbahn sowie später wieder für die Stadt Essen als Bau- und Planungsdezernent u. a. für den Saalbau/Philharmonie und das Weltkulturerbe Zollverein zuständig. Seit 2010 ist er Stadtdirektor der Stadt Essen und Geschäftsbereichsvorstand Planen.

Joachim Boll (\*1952) lebt in Dortmund. Er studierte Architektur an der RWTH Aachen und arbeitet seit 1978 zu seinem Schwerpunkt Engagement in Stadterneuerung und Wohnungspolitik in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen im Ruhrgebiet und in NRW. Von Tätigkeiten für das Büro Zlonicky, Essen, über das Institut für Raumplanung, Technische Universität Dortmund, bis zur Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Außerdem gründete und leitete er die WohnBundBeratung NRW und war für die Internationale Bauausstellung Emscher Park tätig. Seit 2001 unterstützt und qualifiziert er mit startklar.projekt.kommunikation Projekte in Stadterneuerung und Stadtentwicklung und betreut das Landesprogramm „Initiative ergreifen“.

Dr. Marta Doehler-Behzadi (\*1957) studierte Stadtplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und schloss als Diplom-Ingenieurin ab. Auf ein Forschungsstudium und eine Promotion folgten eine Tätigkeit im Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig und eine freiberufliche Tätigkeit als Stadtplanerin. Gemeinsam mit Iris Reuther führte sie das Büro für urbane Projekte Leipzig, bevor sie Leiterin des Referats Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde.

Jörg Karpowitz (\*1969) studierte Wirtschaftsingenieurwesen. Er ist Leiter des Instandhaltungsmanagements der Deutsche Annington Dienstleistungs GmbH in Bochum. Außerdem ist er als 2. Vorsitzender im Förderverein des Begegnungszentrums Dortmund-Deusen „Wir lassen die Kirche im Dorf“ tätig.

Gerhard Matzig (\*1963) ist Journalist, Diplom-Ingenieur und Sachbuchautor und lebt in München. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaften und der Architektur in Passau und München arbeitete er zunächst als freier Autor. Seit 2002 ist er Leitender Redakteur im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung. Kennzeichnend für den Kulturjournalisten ist seine Fähigkeit, über die Tellerränder der Fachgebiete und der nationalen Besonderheiten zu schauen. Er versteht sich auf die Themen Architektur und Technik ebenso wie auf den Zeitgeist und die Stadtsoziologie. Für seine journalistische Tätigkeit in den Bereichen Architektur und Design wurde er mit renommierten Preisen ausgezeichnet.

Julian Petrin (\*1968) arbeitet als Autor, Kommunikator, Moderator und Stadtforscher in Hamburg. Nach seinem Studium Städtebau / Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg gründete er das Stadtplanungsbüro urbanista und den partizipativen Thinktank Nexthamburg. Neben seiner Tätigkeit in Forschung und Lehre an der HafenCity Universität Hamburg und im Konvent der Bundesstiftung Baukultur berät er mit Nexthamburg Plus Kommunen und Akteure bei der Durchführung von Bürgerdialogen und dem Community Building in öffentlichen Prozessen.

Dr. Holger Pump-Uhlmann (\*1960) ist Architekt, Architekturhistoriker, Stadtplaner und Publizist. Nach dem Studium der Architektur an der Technischen Universität Braunschweig arbeitete er als angestellter und freiberuflicher Architekt. Er promovierte an der Technischen Universität Delft und war als wissenschaftlicher Assistent an der TU Braunschweig und der TU Delft tätig. In den letzten Jahren verfolgte er zahlreiche freiberufliche Projekte wie stadtbauhistorische Gutachten und Forschungsarbeiten, Stadtentwicklungsplannungen und Untersuchungen zu Wirkungsweisen innerstädtischer Einkaufszentren sowie in diesem Kontext Beratungen von Bürgerinitiativen und Kommunen.

Ines-Ulrike Rudolph (\*1967) studierte Architektur an der Technischen Universität Berlin und der Ecole Paris-Villemin. Neben Lehraufträgen

an der Technischen Universität Berlin und der Kunsthochschule Berlin-Weissensee war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau der Technischen Universität Dresden mit anschließenden transdisziplinären Forschungsprojekten zu Kulturlandschaftsentwicklung und Entwicklungsstrategien für strukturschwache Räume. Sie ist Gründerin und Mitinhaberin des tx-büro für temporäre Architektur, Berlin, sowie Gründungsmitglied von D.A.CH., dem Europäischen Netzwerk für Strategische Stadtentwicklung. Seit 2010 ist sie für die Tempelhof Projekt GmbH tätig.

Joost Woertman (\*1974) studierte Architektur an der Technischen Universität Delft. Er arbeitete u. a. bei Mecanoo architects, Port-Said architecture, MEI und Juli Ontwerp, bevor er 2010 das Architekturbüro Joost Woertman Architect (JWA) in Rotterdam gründete. Des Weiteren ist er im Projekt „Klushuizen“ in Rotterdam engagiert.

Uwe Wulfrath (\*1965) hat von 1987 bis 1994 an den Universitäten Hannover, Delft und Stuttgart Architektur und Städtebau studiert. Es folgten drei Jahre Tätigkeit in einem Architekturbüro in Tübingen, bevor er beim Stadtplanungsamt der Universitätsstadt für die Stadtbildpflege zuerst der historischen Kerne der Stadtteile, dann der Altstadt zuständig wurde. Seit 2010 ist Uwe Wulfrath Leiter der Fachabteilung Projektentwicklung im aus dem Stadtplanungsamt hervorgegangenen Fachbereich Planen, Entwickeln, Liegenschaften und nebenamtlich Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT.

Michael Ziehl (\*1980) lebt in Hamburg. Er ist Diplomingenieur der Fachrichtung Architektur und Master of Science der Fachrichtung Stadtplanung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind nutzerbasierte Projekt- und Stadtentwicklung. Neben verschiedenen Projektarbeiten ist er Aufsichtsratsvorsitzender der „Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG“, ordentliches Mitglied der Baukommission des Gängeviertels, Mitbetreiber der ZwischenZeitZentrale Bremen, Mitinitiator von „Leerstandsmelder.de“ und Mitherausgeber der Publikation „second hand spaces“, die 2012 erschienen ist.

---

# Impressum

---

## Bestellungen:

StadtBauKultur NRW e. V.,  
info@stadtbaukultur.nrw.de

## Bildnachweis:

Jörg Beste: S. 5, 7, 11, 16, 19, 21, 24, 28, 57, 64, 65

Jennifer Janson: S. 25–27, 29, 31–38, 61, 62, 66

Tempelhof Projekt GmbH: 41, 42

Nexthamburg: 45

Franzi Holz: 46, 47

Luftbild Grohe: 48

Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT GmbH,  
Tübingen: 49

Joost Woertman: 51

Waldemar Riedel: 52, 53

Wir lassen die Kirche im Dorf e. V.: 54, 55

---

## Herausgeber:

Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020  
www.stadtbaukultur.nrw.de

Gefördert durch das Ministerium für Bauen,  
Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des  
Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV)

## Redaktion:

Jörg Beste, synergon

## Lektorat:

Christine Kämmerer, StadtBauKultur NRW  
Carola Scholz, MBWSV

## Layout und Design:

Studio Matthias Görlich (Fabian Beier, Matthias  
Görlich)

## Druck:

Makossa Druck und Medien GmbH



Ministerium für Bauen, Wohnen,  
Stadtentwicklung und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen





Herausgeber

Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020

Leithestr. 33

45886 Gelsenkirchen

+49-209-31981-0

+49-209-31981-11

[info@stadtbaukultur.nrw.de](mailto:info@stadtbaukultur.nrw.de)

